Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,20 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, den 29. September 1925** | **5. Jahrgang • Nr. 214**

Überall ergebnislose Lohnverhandlungen

Der einzige Weg: Fester Kampfzusammenschluß der breiten Arbeitermassen

Gestern haben in Halle neue Verhandlungen in der Metallindustrie stattgefunden. Der DMV. hat eine 23prozentige Lohnerhöhung und Innehaltung des Achtstundentages gefordert. Die Unternehmer antworteten mit dem Verlangen, daß **der jetzige Lohn bis zum 31. März 1926** und das **Arbeitszeitabkommen sogar bis zum 31. Dezember 1926 verlängert** werden müßten.

Betr. Arbeitszeitabkommen wurde ein Spruch gefällt, der die Verlängerung bis zum 31. März 1926 vorsieht. Die übrigen Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Im **mitteldeutschen Bergbau** kommen die Verhandlungen nicht weiter, weil die Bergherren an ihren **unerhörten Bedingungen** festhalten. Sie verlangen **Zehnstundentag**, Arbeiter unter 21 Jahren sollen **keinen Urlaub** erhalten und die Löhne herabgesetzt werden, indem die Gedingearbeiter nicht mehr über 10 Prozent Zuschlag bekommen und die **Knappschaftsrenten auf den Lohn angerechnet** werden sollen.

Für das Reich haben in diesen Tagen beim Reichsarbeitsministerium Verhandlungen für den **Kalibergbau** stattgefunden, in denen die Unternehmer überhaupt **jede Lohnverhandlungen strikte ablehnen.** Die Enthüllungen, die in diesen Tagen über die ausgesprochene **Verbindung des Reichsarbeitsministeriums mit den Unternehmern** durch die Presse gingen, haben die Arbeitgebervereinigungen sofort bewogen, noch provozierender vorzugehen als bisher. Der Bergarbeiterverband hatte 20 Prozent Lohnerhöhung in der Kali-Industrie gefordert.

Auch die Verhandlungen bei der **Reichsbahn** sind, wie wir schon berichteten, gescheitert. Auch für die Zukunft wurde **jede Lohnerhöhung abgelehnt.**

Tagtäglich bekunden die Unternehmer mitsamt den von ihnen abhängigen Behörden der **Luther-Regierung**, daß die Frage der Arbeitsgemeinschaft und der Tarifverträge für sie nur ein nicht zu umgehendes Uebel bedeutete in einer Zeit, wo die Arbeiterschaft auf dem Vormarsch gegen die kapitalistische Unterdrückung war. Sobald die Bourgeoisie ihre Macht stark genug glaubt, **pfeift sie auf alle Verträge und Grundsätze** und stößt rücksichtslos gegen die Arbeiterklasse, die den weitaus größeren Teil der Bevölkerung ausmacht, vor. Jeder Arbeiter sieht also, was es mit den Versuchen der Sozialdemokratie auf sich hat, durch das neue Schlagwort der **„Wirtschaftsdemokratie"** die Arbeiterschaft von den **notwendigen außerparlamentarischen Kämpfen** zurückzuhalten. Jeder Arbeiter erfährt es täglich durch die Vorgänge in seinem eigenen Beruf, daß, wenn die Arbeiterschaft sich an die formalen Vereinbarungen mit den Unternehmern unter allen Umständen hält und bei günstiger Gelegenheit nicht um neue Forderungen kämpft, sie **erbarmungslos immer tieferer Versklavung und Verelendung ausgeliefert wird.**

Daß die Gewerkschaftsführer in fast allen Industrien sich gezwungen sehen, Lohnabkommen zu kündigen und die Frage der Arbeitszeit und des Lohnes überhaupt stellen, ist ein **Beweis, daß es in den breiten Arbeitermassen gärt und der Tiefstand der Depression überwunden ist.** Nun kommt es darauf an, daß in allen Gewerkschaften von unten her dafür gesorgt wird, daß **kein feiger Kompromiße** geduldet oder gar die unerhörten Bedingungen der Unternehmer hingenommen werden. Es kommt alles darauf an, daß die deutschen Arbeiter, dem Beispiel der englischen folgend, trotz der Verhinderung der sofortigen Schaffung von Industrieorganisationen durch den Breslauer Gewerkschaftskongreß die **engste Kampfverbindung der ausschlaggebenden Verbände und derjenigen Organisationen, die eng miteinander verwandt sind,** herstellen.

Die **englische Bergarbeiterschaft** hat für den 3. Oktober einen Kongreß vorbereitet, der nicht nur für England, sondern auch für uns von großer Bedeutung ist. Der neue Vorstoß der englischen Kohlenherren und der Regierung Baldwin hat die gesamte Bergarbeiterschaft auf den Plan gerufen. So wie **diese rüsten, muß** auch die deutsche Arbeiterschaft sich einstellen.

Die **englischen Metallarbeiter** werden in diesen Tagen eine **Mitgliederversammlung** abhalten, die zu den jetzigen Verhandlungen Stellung nimmt. Darum: in allen Betrieben schon heute alle Mann an die Arbeit und dafür gesorgt, daß die Versammlung gut besucht wird und die Verwaltung sich auf eine **wirklich kampfentschlossene Mitgliedschaft** stützen kann!

Beitritt der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei zur 3. Internationale

(Eig. Drahtm.) **Prag, 29. September.**

Der Kongreß der Unabhängigen Sozialistischen Partei, dem 110 Delegierte der Partei beiwohnten, beschloß nach umfangreicher Debatte den Austritt aus der 2. Internationale und den Eintritt in die 3. Internationale sowie den Anschluß an die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei. Die Unabhängige Sozialistische Partei hat ungefähr 10 000 eingeschriebene Mitglieder, vor allem sind es Berg- und Textilarbeiter. Der Beschluß wurde von dem Kommunistischen Kongreß einmütig zur Kenntnis genommen.

Parteitag der KPTsch.

(Eig. Drahtm.) **Prag, 29. September.**

Sonnabend nachmittag wurde der dritte Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei eröffnet. Nach den Feierlichkeiten hielt Genosse Haken die Eröffnungsrede, in welcher er auf die Wichtigkeit dieses Parteitages hinwies, der die Ergänzung des zweiten Parteitages ist. Auf dem zweiten Parteitag der PKT. wurde die politische Linie der Partei festgelegt. Dieser Parteitag muß sie bekräftigen und fortsetzen. Er wies auf das Wüten des Faszismus und des weißen Terrors hin, der auch in der Tschechoslowakei im Gange ist. Dagegen zu kämpfen, heißt alle proletarischen Kräfte zu mobilisieren. Die KPT. ist einheitlicher, disziplinierter geworden. Er gedachte der Opfer der Klassenjustiz und des weißen Terrors, während sich der Kongreß erhob und die „Internationale" sang. Die Partei hat eine schwere innere Krise überstanden. Dieser Parteitag soll den Beweis erbringen, daß die Partei fest und einheitlich ist, daß die Krise nur ein Reinigungsprozeß war. Nach der Eröffnungsrede fand die Wahl des Präsidiums statt. In das Präsidium wurden die Genossen Smeral, Neurath, Gottwald, Herbst, Hönigen und Montell gewählt. Genosse Haken hielt darauf sein Referat über die politische Situation.

Amerikanischer Bergarbeiterstreik

(Eig. Drahtm.) **London, 29. September.**

„Daily Herald" meldet aus Philadelphia, daß der Bergarbeiterstreik in den Anthrazitgruben, der bereits über einen Monat dauert, nicht nur keine Anzeichen von Ermüdung aufweist, sondern vielmehr Erscheinungen nach sich zieht, die eine Verbreiterung des Kampfes herbeiführen können. Die Unternehmer haben beschlossen, jede Einigung, die nicht die Anerkennung eines obligatorischen Schiedsgerichtes und die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit in sich schlösse, abzulehnen. Die Streikenden lehnen die Schlichungsvorschläge der Unternehmer ab mit der Begründung, daß sie nicht daran denken, die Arbeit wieder aufzunehmen, solange eine solche Schlichtungskommission tagt, da sie dann die wichtigste Waffe, nämlich den Streik, preisgeben würden. Inzwischen haben die Bergarbeiter im westlichen Virginia sich der Bewegung angeschlossen. Seit Ausbruch des Streikes in den Anthrazit-Bergwerken wurde in den virginischen Kohlenbergwerken mit Hochdruck gearbeitet, um den Förderausfall auszugleichen und den Bergarbeiterstreik abzuwürgen. Durch den Streik der Bergarbeiter in West-Virginia ist den Unternehmern diese Waffe aus der Hand geschlagen. Der Bergarbeiterstreik beginnt sich bereits auf das ganze amerikanische Wirtschaftsleben auszuwirken.

Heldenmütiges Verhalten Rakosis

(Eig. Drahtm.) **Budapest, 29. September.**

Die Budapester Blätter veröffentlichen, daß Rakosi während der letzten Tage wegen der Folterungen sich in einem solchen Zustande befand, daß er nicht verhört werden konnte. Es stellte sich heraus, daß sämtliche Mitteilungen der Polizei und der Blätter über ein vollständiges Geständnis unwahr sind. Rakosi hat bis jetzt jede Aussage verweigert, er benahm sich sehr trotzig und erklärte, grundsätzliche Aeußerungen über kommunistische Fragen und die heutige Gesellschaftsordnung könne man von ihm verlangen, soviel man wolle, aber auf bestimmte Fragen verweigere er jede Antwort. Er sei sich seines Schicksals bewußt und sehe ihm vollständig ruhig entgegen.

Eine internationale Protestkundgebung gegen die Horthy-Banditen!

Die abscheulichen Greueltaten der Budapester Polizei gegen die gefangenen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter hat einen Entrüstungssturm in der ganzen Welt hervorgerufen. Folgendes Protestelegramm namhafter Führer der Kunst und Wissenschaft wurde an die ungarische Regierung abgeschickt:

„Im Namen von vier Millionen angeschlossener Arbeiter und Intellektueller erhebt Zentralkomitee der IAH. Protest gegen Mißhandlungen und Folterungen politischer Gefangener in den Budapester Gefängnissen. Zentralkomitee fordert von ungarischer Regierung Einstellung der Mißhandlungen, strengste Untersuchung gegen beteiligte Polizeiorgane und Freilassung der verhafteten Arbeiter, besonders des ehemaligen Volkskommissars Rakosi.

Nachdem der politische Kampf seit drei Jahren abgeschlossen ist, würden neue Verfolgungen und Todesurteile flammende Entrüstung der gesamten Arbeiterklasse und der Kulturwelt hervorrufen.

Zentralkomitee Internationale Arbeiterhilfe; Henry Barbusse, Paris; Weinstone, Neuyork; Helen Crawford, London; Beran, Prag; Missiano, Italien; Kruyt, Holland; Klara Zetkin, Georg Ledebour, Willi Münzenberg, Deutschland; Frau Dr. Adler, Wien; Fournier, Paris."

Die Amokläufer

Oder „bolschewistische Hexenkunst"

Halle, den 27. September.

Unter Amoklaufen versteht man bekanntlich einen psychischen Zustand der Aufregung, bei dem **die Zurechnungsfähigkeit ausgeschlossen** ist. Solche Amokläufer fallen gewöhnlich in ihrer blinden, durch ihre Geistesstörung bedingten Wut über irgend welche Personen oder Sachen ohne sichtbaren Grund her und richten das allergrößte Unheil an.

Man kann nur an solche Amokläufer denken, wenn man die „wahren Berichte" über Rußland im **hallischen „Volksblatt"** liest. Es ist aber auch zum Haare-Ausreißen! Nun hat man doch ein solch schönes Lügengebäude gegen Sowjet-Rußland aufgerichtet, und da wagen es **die Arbeiter,** selbst nach Sowjet-Rußland zu fahren, um sich über die dortigen Zustände mit eigenen Augen und mit eigenen Ohren zu unterrichten. Und was das Schlimmste ist: **Sogar organisierte Sozialdemokraten** fallen diesem „Wahrheitsfimmel" zum Opfer! Ja, da kann man schon aus dem Häuschen geraten und vor Wut platzen!

Was dann in dieser Amokwut von den Redakteuren des „Volksblatt" niedergeschrieben wird, das ist infolgedessen für alle, die den klaren Verstand haben, **ungeheuer belustigend.** Am Montag hat das „Volksblatt" einen (im Romanischen Café zu Berlin geschriebenen) **Brief aus Tiflis** veröffentlicht. In diesem Brief spielen natürlich wieder einmal die **Potemkinschen Dörfer** eine große Rolle. Die „puritanischen Kommunisten" hätten anläßlich des Empfangs der Arbeiterdelegation in Tiflis „sogar Potemkin mit seinen prunkvollen Paraden übertroffen". Und dann gehts los:

„Wie oft guckt bei einem Polizisten die Zehe neugierig aus dem Stiefel. **Doch die Kommunisten können hexen.**" Es wird dann geschildert, wie die Hauptstraße gekehrt wurde, wie den Polizisten Stiefeln verpaßt wurden, bei denen die Zehen nicht neugierig herausguckten, wie sogar die Hauptstraße erst gepflastert wurde, wie die Fabriken innen gewaschen und gefüllt wurden, ja, das schon langersehnte Klosett wurde erbaut! „Wir erhielten sogar Seife zum Waschen." Dann wurden die Massen — wir geben hier immer den Inhalt des Briefes wieder — **zum Empfang auf die Straßen herausgetrieben.** 15 000 Tschekisten (Hu, hu!) hatten alle Straßen zu überwachen „und dafür zu sorgen, daß der Maskenball beim Empfang auch recht viel besucht wird." Vor dem Eintreffen der Arbeiterdelegierten sei dann schnell noch eine Generalprobe veranstaltet worden, ob auch jeder noch auf Deutsch den Zuruf „Es lebe die Dritte Internationale" im Gedächtnis hätte. Kurzum (wörtlich aus dem „Volksblatt"): **„alles ist vom Stab der den georgischen Kommunisten wohlgesinnten Hexe bezaubert worden."** Man weiß zwar nicht, was das bedeuten soll, aber es scheint so, daß die „intelligenten" „Volksblatt"-Redakteure **wirklich** glauben, daß diese gefährlichen Bolschewisten tatsächlich auch hexen können. Es wird nämlich gleich darauf auch so ein Hexenstückchen mitgeteilt. Die Gefangenen, die den Arbeiterdelegierten vorgestellt wurden, waren nach dem im „Volksblatt" veröffentlichten Brief gar keine eingekerkerten Menschewisten: **„An Stelle der Gefangenen wurden Tschekisten eingesperrt, die zum Mittagbrot gebratene Hühner erhielten."** Nein, liebes „Volksblatt", das hatten die Kommunisten gar nicht nötig. Da Du selbst nun schon einmal erfahren hast, daß wir Kommunisten hexen können, wollen wirs nur ruhig gestehen, daß wir unsere Tschekisten nicht die Unannehmlichkeiten einer vorübergehenden Haft zu bereiten brauchten, sondern, wie die bekannte Zauberin Circe, einfach die Verhafteten in andere Persönlichkeiten umgezaubert haben.

Dann heißt es weiter in dem „Tiflis"-Brief: „Wir könnten hier stundenlang von den Zauberkünsten der Kommunisten erzählen." Diese „Zauberkünste" in Verbindung mit dem „kachetischen Wein" — dabei entblödet man sich nicht, zu behaupten, **die Arbeiterdelegierten wären allesamt besoffen gewesen, man habe sie „kaum im nüchternen Zustand gesehen"** — sind dann die Ursache gewesen dafür, daß jetzt die Lüttich, Bretag und Genossen die herrlichsten Dinge über Sowjet-Rußland erzählen.

Und um auch wirklich zu dokumentieren, daß die Amok-Wut das Gehirn der „Volksblatt"-Redakteure stark ramponiert hat, kommentieren diese zum Schluß diesen wirklich zauberhaften Brief mit folgenden weisheitsvollen Sätzen:

„Wohlgenährte, sonnenverbrannte Tschekisten als Gefangene vorzuführen, das dürfte zunächst wohl der Gipfel Moskauer Zauberkunst sein. Da ist ja der selige Potemkin der reine Waisenknabe gewesen. Daß Lüttich und Genossen diesen Schwindel nicht gemerkt haben, fällt uns nicht auf."

Das „Volksblatt" bringt ferner Ausführungen des Generalmajors von Schoenaich, dessen günstige Aeußerungen über Sowjet-Rußland wir wiederholt zitierten. Nach dem „Volksblatt" hat Schoenaich geschrieben: **„Aeußerlich ist alles, wie in kapitalistischen Ländern, man kann für Geld alles kaufen, was man will.** Hotels, Droschken, Straßenbahn und Post arbeiten wie in anderen Ländern." Es genügt, diesen Worten entgegenzusetzen das, **was der „Tiflis"-Brief** über die Möglichkeit des freien Handels sagt: **„Ausnahmsweise gestattete die geor-**

Heute abend 8 Uhr: Rußland-Bericht im „Volkspark", Halle!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250929-13/fragment/page=0001

gische Räte-Regierung den „Privaten" steuerfreien Handel mit den zum Empfang nötigen Gegenständen." Der Widerspruch liegt auf der Hand. Das eine Mal möchte das „Volksblatt" die Bolschewiki angreifen, weil alles für Geld zu haben ist, das andere Mal wieder tobt es gegen die Räte-Regierung, die den „Privaten" keinen Handel gestattet. Wirklich, solches Querulantentum kann man nicht ernstnehmen!

•

Wir haben den ganzen höheren Wödhinn ausnahmsweise etwas eingehender besprochen, weil wir dadurch zeigen wollen, daß es nicht unsere Schuld ist, wenn die Diskussion über Sowjet-Rußland auf völlig unsachlicher Basis geführt wird, auf einer Basis, auf der jedes wirklich politische Argument nutzlos erscheint. Wir fragen vor allen Dingen auch die sozialdemokratischen Arbeiter, die gewiß nicht wie die „Volksblatt"-Redakteure ihre Parteigenossen, die sozialdemokratischen Rußland-Delegierten, einfach als Trottel und Idioten ansehen, ob das „Volksblatt" in seinem ganzen Geschreibsel einen einzigen politischen Gedanken entwickelt hat oder ob die Ausführungen nicht eher dem Hexen-Einmaleins ähneln, als einem Artikel in einer politischen Zeitung. Wenn jemals ein Blatt durch die Blödheit seiner Polemik seine Schwäche aufgedeckt hat und den völligen Mangel von wirklichen Argumenten auf seiner Seite, so ist es diesmal das „Volksblatt".

Und wenn über alle diese Dinge immerhin noch gestritten werden kann, so sind wir der festen Ueberzeugung, daß kein sozialdemokratischer Arbeiter, auch nicht die unentwegtesten Leser des „Volksblatt", einverstanden sein werden mit der Gemeinheit, die sich die „Volksblatt"-Redaktion zum Schluß ihrer „wahren Berichte über Rußland" gegenüber den Arbeitern Lüttich und Bretag leistet. Das „Volksblatt" schließt seine Ausführungen mit folgenden ehrabschneidenden Sätzen für Lüttich und Bretag ab:

„Für Geld ist eben auf der Welt alles zu haben, sogar günstige Berichte über irgendeine Sache, was den Nachläufern der Lüttich und Bretag zu denken geben sollte."

Wir stellen hier also ganz nüchtern und sachlich fest, daß die Amokmut der „Volksblatt"-Redakteure sie sogar dazu treibt, ehrliche Arbeiter als bestochen und korrumpiert zu beschimpfen. Alles nur deswegen, weil diese Arbeiter es wagen, nach bestem Wissen und Gewissen das ihren Kollegen zu erzählen, was sie in Sowjet-Rußland gesehen haben.

Es ist ganz klar, um die Sache von Leuten, die auf diesem Niveau diskutieren, die zu solchen Mitteln greifen müssen, um ihre Politik zu begründen, muß es bitter schlecht stehen. In diesem Sinne sind wir der festen Ueberzeugung, daß die „Volksblatt"-Redaktion, so sehr sie auch das Böse will, doch das Gute schafft, nämlich das Gute, daß endlich die sozialdemokratischen Arbeiter aufmerksam werden auf die Bedeutung Sowjet-Rußlands, aufmerksam gemacht werden darauf, daß durch keine Lügenkampagne mehr die Wahrheit über Sowjet-Rußland aufzuhalten ist.

•

Und was ist die Wahrheit, die besonders auch von den sozialdemokratischen Rußland-Delegierten restlos aufgedeckt worden ist: Zwar gibt es in Rußland kein „kommunistisches Paradies", das zu verlangen, wäre schon aus dem Grunde hirnverbrannt, weil es ein Unding ist, daß eine rein kommunistische Insel bestehen könnte innerhalb eines Systems der großen kapitalistischen Weltwirtschaft. Aber in Rußland haben die Arbeiter und Bauern den kapitalistischen Staatsapparat zertrümmert und die proletarische Staatsmacht errichtet in der Form der Sowjets, der Roten Armee usw. Diese Eroberung der Staatsgewalt, diese Diktatur des Proletariats, hat es ermöglicht, daß nach Ueberwindung des Bürgerkrieges die sowjetrussische Wirtschaft, was schlechthin einfach nicht mehr abgeleugnet werden kann, auch nicht mehr von den Amokläufern im „Volksblatt", ständig, langsam aber sicher, aufwärts geht. Diese Diktatur des Proletariats hat erreicht, daß sich die russische Arbeiterklasse nicht mehr, wie die deutsche, mit dem Monarchismus zu beschäftigen braucht. Der Zarismus ist ein für allemal in Rußland erledigt. Die deutsche Arbeiterklasse aber muß genau so gut einen kaiserlichen General als Präsidenten erleben, wie sie sehen muß, daß ihre Gesamtlebenslage durch eine immer stärker werdende Reaktion immer mehr verschlechtert wird.

Dieses Aufwärtssteigen der russischen Arbeiterklasse und diese Aufwärtsbewegung des deutschen Proletariats, das ist das Wesentliche, aus dem wir deutschen Arbeiter zu lernen haben. Und darin besteht auch die Bedeutung der Berichte der Rußland-Delegierten, daß sie beliebte nicht fordern, daß nun alle Kommunisten werden. Vielmehr sind die Rußland-Delegierten, indem sie objektiv das mitteilen, was sie gesehen haben, die Pioniere einer proletarischen Einheitsfront, die allein die Grundlage bildet zu einem neuen Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse. Und aus diesem Grunde legen auch die Rußland-Delegierten das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit nicht darauf, dieser oder jener Partei rechtzugeben, sondern darauf, die Erfahrungen der russischen Arbeiter nutzbar zu machen für die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit.

Die politische Pleite bei den Völkischen

Im „Völkischen Kurier" veröffentlicht Teja eine Artikelserie mit dem Titel: „Politische Aufgaben des deutschen Landsknechts". In einem Abschnitt, überschrieben „Die kommunistische Gefahr", heißt es: „. . . Ich habe kürzlich an einem Sprechabend einer kommunistischen Hochschulgruppe teilgenommen, in dem die Stellung der KPD. gegen das Dawes-Gutachten zum Vortrag kam und zur Erörterung stand — und konnte trotz meiner jahrelangen politischen Schulung kaum etwas an dem 1½stündigen Referat eines Jungalademikers zerpflücken — so geschickt war es aufgebaut, so psychologisch klug eingestellt war es, und so wirksam spekulierte es auf die Gefühle des enterbten Mittelstandes, der ihrer Rechte beraubten Beamtenschaft und der durch die Dawes-Deutschnationalen, den Aufwertungsbetrug, Sicherheitspolizei und anderes mehr bitter enttäuschten, nationalen Kreise . . . Die kommunistischen Erfolge in ihrer Außenpolitik imponieren, und unter den „Linksparteien" in Deutschland hat zweifellos die KPD. die Zukunft. Wo bleibt aber die völkische Gegenwirkung? . . ."

Der Verfasser spricht bei dieser Gelegenheit auch von der „äußerst gefährlichen kommunistischen Agitation in den Großstädten (Zellen)." Auf jeden Fall beweisen die Ausführung, welche Verwirrung die klare Stellung der Kommunistischen Partei zum Dawes-Pakt, wie auch zu dem Sicherheitsabkommen in den unklaren nationalen völkischen Kreisen angerichtet hat. Von einer rätischen Gegenwirkung, die der Verfasser verlangt, kann gar keine Rede sein. Die völkischen Organisationen fallen auseinander. Die Hitler-Bewegung ist gespalten. Hitler selber hat sehr enge Beziehungen zu den Deutschnationalen aufgenommen. Der „Werwolf" zerfällt. Sein 3. Vorsitzender mit der gesamten Nordmark ist abgefallen. Die Stahlhelmorganisation, die noch in ihren Zeitungen vom 20. 9. den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Annahme des Sicherheitsgutachtens für ausgeschlossen hält, wird von den Arbeitern verlassen, weil der Stahlhelm sich nicht für die wirtschaftlichen Forderungen seiner völkischen Mitglieder einsetzt. Im Bezirk Ostpreußen, wo der Stahlhelm regiert, beziehen Deputatarbeiter einen Stundenlohn von 6 Pf. In Egeler-Mulle bei Magdeburg verließen vor kurzem erst 25 Landarbeiter auf einmal die Stahlhelmorganisation.

Aufgabe der „äußerst gefährlichen kommunistischen Agitation in den Großstädten", der kommunistischen Betriebszellen, ist es, die von der lügnerischen völkisch-nationalen Propaganda eingefangenen Proletarier von diesen Organisationen loszulösen. Solche Aussprüche, wie der zitierte von Teja, sind dabei ein wirksames Agitationsmittel.

Der Aufruf des englisch-russischen Einheitskomitees

Der Aufruf des englisch-russischen Einheitskomitees, der in London von Tomsky und Bramley erlassen wurde, ist bereits in unserem gestrigen Leitartikel kurz skizziert worden. Bei der Wichtigkeit des Dokumentes geben wir im folgenden die Hauptstellen wörtlich.

Alle Tatsachen und Gründe, die im letzten April die internationale Gewerkschaftseinheit zu einer gebieterischen Notwendigkeit machten, bestehen weiter und nehmen an Wichtigkeit zu. Die wirtschaftliche Lage, die durch den Dawes-Plan in den meisten Ländern verschlechtert wurde, ist seit Beginn dieses Jahres noch ernster geworden. Die Arbeitslosigkeit nimmt im Weltmaßstab ständig zu. Die Angriffe des Unternehmertums auf die Arbeitszeit und Löhne der Arbeiter werden immer schärfer und bestimmter. Parallel mit dem Anwachsen der wirtschaftlichen Reaktion wird auch die politische Lage immer mehr von reaktionären und den Arbeiterinteressen feindlichen Tendenzen beherrscht. In den einzelnen Teilen Europas nehmen die reaktionären Kapitalistengruppen immer mehr an Macht zu und beeinflussen immer mehr die Politik der Staaten. Die Kriegsgefahr rückt immer näher.

„Die englisch-russische Konferenz hat im letzten April die Lage in folgenden Worten zusammengefaßt:

„Es sieht bereits so aus, als ob ein neuer Krieg noch schrecklicher, noch ungeheuerlicher als der letzte vorbereitet wird."

Diese Worte haben immer noch vollkommene Geltung. In Marokko, in Syrien und China donnern bereits die Kanonen und zeigen die Verwirklichung dieser Vorhersage. Man führt Krieg gegen die Rifkabylen in Marokko und gegen die Araber in Syrien; zur selben Zeit werden die chinesischen Arbeiter und Bauern, die sich gegen Ausbeutung und Gewalttätigkeit auflehnen, mit bewaffneter Macht niedergehalten. Dies zeigt allen Arbeitern der Welt, wie unaufrichtig die Friedensbeteuerungen der kapitalistischen Staatsmänner sind.

Der Garantiepakt legt Deutschland die Pflicht auf, militärische und wirtschaftliche Sanktionen gegen solche Staaten anzuwenden, die sich dem Völkerbund nicht fügen wollen. Der Zweck ist dabei, Deutschland in ein militärisches Bündnis gegen Sowjet-Rußland hineinzuziehen. So soll Deutschland eine ständige Bedrohung für Sowjet-Rußland werden und es soll die strategische Basis für einen kommenden Angriff gegen die Sowjet-Republiken werden.

Die Aufrichtung einer der ganzen Welt umfassenden Gewerkschaftsinternationale ist deshalb nötiger geworden denn je. Die aktive Sympathie, die durch die Schöpfung des vereinigten englisch-russischen Gewerkschaftsrats unter den Arbeitern aller Länder geweckt wurde, ist ein unzweideutiger Beweis der Richtigkeit der Linie, die von der englisch-russischen Konferenz festgelegt wurde, von der Richtigkeit der praktischen Vorschläge, die auf dieser Konferenz gemacht wurden. Die Sache der Gewerkschaftseinheit im nationalen und internationalen Maßstab wird unbedingt sich erfolgreich durchsetzen. Der gemeinsame Gewerkschaftsrat, der ins Leben trat durch den leidenschaftlichen Willen zur Einheit von über 11 Millionen englischer und russischer Arbeiter, appelliert an die Arbeiter aller Länder, an ihre Organisationen und Führer, ihre Kräfte mit denen der englischen und russischen Gewerkschaften zu vereinigen, um alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der Einigung der Arbeiterklasse entgegenstehen, und um eine einheitliche, die ganze Welt umfassende Gewerkschaftsvereinigung zustande zu bringen."

Neue Krise im englischen Bergbau

Die englischen Kohlenbarone haben einen neuen Vorstoß gegen die Bergarbeiterschaft unternommen. Sie legen die seinerzeit durch Baldwin herbeigeführten Vereinbarungen jetzt so aus, daß sie während der Zeit, in der die Regierung ihnen Subventionen gibt, nur die Prozentualzuschläge nicht ändern dürften, die Frage der Grundlöhne aber in den Vereinbarungen nicht berührt sei. So haben sie eine Reduzierung der Grundlohne angekündigt.

Am Mittwoch voriger Woche fanden Verhandlungen zwischen Baldwin und den Vertretern der Bergarbeiter statt. Die Verhandlungen verliefen, wie zu erwarten war. Baldwin stellte sich auf den Standpunkt der Kohlenbarone und hat damit den ganzen Waffenstillstand, der zwischen den beiden Parteien bis zum 30. April des nächsten Jahres abgeschlossen war, aufgehoben.

Das Vorgehen der Bergherren steht in direktem Widerspruch zu den Erklärungen und Versprechungen, die man den Vertretern der Bergleute machte.

Aus London wird uns darüber im einzelnen folgendes berichtet:

Als im Parlament die Bereitstellung von zehn Millionen Pfund Sterling für die Grubenbesitzer beraten wurde, bewilligte das Haus die Subvention, um „der Bergbau-Industrie zu ermöglichen, die Zahlung der Löhne in solcher Höhe fortzusetzen, daß sie nicht unter die im Juli 1925 gezahlten Löhne herabsinken". Das ist eindeutig und klar.

Die Bergwerksbesitzer berufen sich bei ihrer Reduzierung der Grundlöhne auf das Abkommen von 1924. Sie behaupten, daß dieses Abkommen durch den neunmonatigen Waffenstillstand bis zum 30. April 1926 verlängert sei und daß sie deshalb auch berechtigt wären, die Reduzierungen vorzunehmen. Die Subventionen von zehn Millionen Pfund Sterling, die an die Industrie während dieser Zeit gezahlt werden soll, sei bewilligt worden, „um die Industrie überhaupt in Gang zu erhalten", wie „Daily Chronicle" berichtet. Herr Baldwin stellte sich auf denselben Standpunkt.

Demgegenüber ist interessant, daß der Untersekretär im Bergbau-Departement, Gowers, den Vertretern der Bergleute, Cook und Varley, eine Woche nach dem Zustandekommen des Waffenstillstandes erklärte, daß das Abkommen von 1924 aufgehört habe zu bestehen und daß Cook mit seiner Ansicht durchaus recht habe, daß die Löhne, die im Juli 1925 gezahlt wurden, in derselben Höhe weiter gezahlt werden müßten.

Damit ist die Krise erneut akut geworden. Die Bergarbeiter unter Führung Cooks haben auch bereits die ersten Gegenmaßnahmen getroffen. Für den 9. Oktober ist eine Delegierten-Konferenz der Bergleute einberufen worden, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen. Gleichzeitig richtete Cook einen Appell an die gesamte Arbeiterbewegung, um die Bergarbeiter in ihrem Kampfe zu unterstützen. Cook erklärte einem Vertreter des „Daily Herald" gegenüber: „Ich erkläre nachdrücklichst, daß wir an die gesamte Arbeiterbewegung appellieren werden, uns beizustehen, so wie sie es im Juli tat, und dafür zu sorgen, daß die Löhne der Bergarbeiter nicht reduziert werden."

Cook erklärte weiter, daß die Voraussetzungen für eine Mitarbeit der Bergarbeiter an der eingesetzten königlichen Kohlenkommission von seiten der Regierung und der Unternehmer nicht eingehalten worden seien und daß die Bergarbeiter deshalb jede Mitarbeit in dieser Kommission bis zur Klärung der ganzen Frage ablehnen müßten.

Der Herero-Schlächter reißt das republikanische Maul auf

Alte Erinnerungen — neue Ansprüche

Alte Erinnerungen — monarchistisch-republikanisch gemischte — werden heraufbeschworen. Die Frage des kaiserlichen Imperialismus wird von „demokratischen" Militärs an die Wand der Republik gemalt, die sich in zähbetriebenen politischen Handelsgeschäften mit den Raubmächten des Völkerbundes an die Rückgewinnung afrikanischer Kolonien macht und sich zusehends selbst in eine neu-imperialistische Raubmacht zu verwandeln sucht. Der Reichstag dieser Republik hat einen inoffiziellen Kolonialausschuß, in dem außer den Kommunisten sämtliche Parteien, die sozialdemokratische Führerclique durch zwei Abgeordnete, vertreten sind.

Der die alten Kolonialerinnerungen heraufbeschwört, ist der ehemalige Kommandeur der kaiserlich-südwestafrikanischen „Schutztruppe", und jetziger Führer in der deutsch-republikanischen „Schutztruppe", Berthold v. Deimling, General der Infanterie a. D. Im „demokratischen" „Berliner Tageblatt" veröffentlicht dieser Ex-Pazifist einen ganz idealistischen Artikel über seine einstmaligen Kriegslorbeeren gegen das „schwarze Regervieh". Da lesen wir Sätze wie folgende:

„Die südwestafrikanische Schutztruppe, in der ich das 2. Feldregiment befehligte, hatte unter dem Oberkommando des Generals von Trotha die Hereros vollständig unterworfen und im Jahre darauf im verlust- und entbehrungsreichen Kleinkrieg auch die meisten Stämme und Banden der Hottentotten entweder im Kampf erledigt oder sie zur Gewehrabgabe und Unterwerfung gezwungen. Als ich Anfang 1906 Nachfolger Trothas im Oberkommando wurde . . ." usw.

Und dann folgt eine Beweihräucherung seiner klugen Politik, daß er schließlich von der völligen „Erledigung" des Stammes der Bondelzwarths Abstand genommen und sich mit einem „Verständigungsfrieden" begnügt habe.

Sind diese republikanischen, beinahe sozialdemokratischen Deimlings nicht wahre Idealisten und Pazifisten? Ist das nicht die reinste Nutzanwendung der friederligen und liebreichen Bergpredigt, wenn man wie dieser Deimling z. B. durch die Schlacht am Waterberg 60 000 fast waffenlose „eingeborene Untertanen des Kaisers", Männer wie Weiber, Greise wie Kinder, mit dem Feuer der Geschütze und Maschinengewehre in die wasserlose Wüste und in den Dursttod treibt? Und wenn man dann kurz vor der hundertprozentigen Ausrottung der aufständischen Stämme sich mit einem — „Verständigungsfrieden" „begnügt"! Warum dieser „genügsame" „Idealismus"? Wenn man schwarze Sklaven, Zwangsarbeiter, spottbillige Proletarier für die Plantagen- und Minenausbeuter übrig haben wollte, durfte man allerdings auch ausrotten. Das ist der nüchterne Zweck eines solchen „Verständigungsfriedens", eines solchen „Idealismus", eines solchen „Pazifismus".

Herr Painlevé, Haupt der französischen Kriegsregierung und Mitglied der „pazifistischen" Liga für Menschenrechte — ist ein edler Gesinnungsgenosse des Herrn v. Deimling — Marokko beweist das. Wenn die „Eingeborenen" fallen, steigen die Börsenkurse. Und wenn der Krieg zu Ende ist, beginnt erst recht das großzügige Geschäft der kapitalistischen Räuber. Hinter dem Militär tritt der Aktionär und Konzessionär. Die Aktie — das ist die wahre Bibel des Pazifismus wie des Militarismus. Daher auch hat noch kein Pazifist in der ganzen Welt Protest eingelegt gegen das marokkanische Schlachten; der andere Ex-Idealist, Helmut von Gerlach, hat es im Gegenteil als „kulturförderndd" verherrlicht.

Die deutschen Bourgeois, eingedenk der fetten Kolonialprofite der kaiserlichen Zeit, melden in Genf immer lauter ihre Ansprüche auf neue Kolonialbeute an; die „pazifistische" Sorte unserer Bourgeisie schreibt die Theorien und Kolonialerinnerungen dazu. Und um die Nutznießer des alten kaiserlichen Imperialismus mit dem neudeutsch-republikanischen Möchtegern-Imperialismus zu versöhnen, läßt unser monarchistisch-republikanisch-militärisch-pazifistischer Deimling seinen Programm-Artikel in Sätzen ausklingen, die den imperialistischen Kaiser verherrlichen:

„Ein Mann aber hat mirs gedankt: der Kaiser. Es war anfangs Mai 1907, als ich mich in Potsdam beim „Schrippenfest" bei ihm aus Afrika zurückmeldete. Ich sehe ihn noch vor mir, wie sein Angesichts vor Freude strahlte . . ."

Man sieht, die Ausbeuterlosung: „Gebt uns unsere Kolonien wieder" wird von dem „Republikaner" Deimling beinahe durch die andere Losung ergänzt: „Gebt uns unseren Kaiser wieder".

Tschitscherin in Warschau

Warschau, 29. September.

Tschitscherin empfing gestern die ausländische Presse in Warschau zu einer kurzen Konferenz. Der jetzige Besuch soll nicht als der Beginn einer neuen politischen Konstruktion betrachtet werden, er sei nur zu betrachten als weitere Entwicklung der guten Beziehungen, die bereits zwischen Polen und der Sowjetrepublik bestanden und die sich, wie er hoffe, noch verbessern würden. Es gebe zwei Themata, die auf der Warschauer Konferenz zur Besprechung ständen, nämlich 1. endgültige Erfüllung des Rigaer Vertrages, 2. Abschluß eines Handelsvertrages. Zum Sicherheitsvertrag erklärte Tschitscherin, daß die polnischen und britischen Konservativen um jeden Preis Deutschland von Rußland loshalten wollen. Zu Deutschlands Eintritt in den Völkerbund erklärte Tschitscherin, daß Deutschland dadurch in eine Anti-Sowjetkoalition einbezogen würde. Es würde jedoch ein Fehler sein, zu glauben, daß die augenblickliche Konferenz in Warschau ein Schritt sei, der sich gegen Deutschland richtet, es sei nur ein Schritt zur Verbesserung der polnisch-russischen Beziehungen, und er hoffe, daß Deutschland keine Einwände dagegen habe.

Parteitag der englischen Arbeiterpartei

(TU.) London, 28. September. Am Dienstag beginnt der Parteitag der Arbeiterpartei in Liverpool, der noch bedeutsamer zu werden verspricht, als bisher angenommen wurde. Der Offene Brief Macdonals mit der Kampfansage an die Kommunisten wird zweifellos heftige Zusammenstöße der beiden feindlichen Lager bringen.

Kleine Auslandsmeldungen

Erneuter Sturz der polnischen Valuta

(TU.) Warschau, 24. September. In polnischen Regierungs- und Wirtschaftskreisen herrscht heute eine unbeschreibliche Bestürzung über den erneuten Sturz des Zloty. An den Auslandsbörsen war heute der Zloty noch niedriger notiert, als in den kritischen Tagen des vergangenen Monats. Die Warschauer Presse greift abermals das Kabinett Grabski an und weist darauf hin, daß keine Maßnahme der Regierung imstande sei, die Lage zu retten, denn der Grund der Katastrophe sei in der Regierung selbst zu suchen. So schreibt der Handelsredakteur der Tageszeitung „Moment", daß alle angeblichen Maßnahmen Grabskis nur einen Augenblickseffekt darstellten, dem das Ausland sehr skeptisch gegenüberstehe. Das Ausland werde sich nicht täuschen lassen und glaube nicht an Wunder, wie Herr Grabski seine Hoffnungen auf Wunder baute.

Die Teuerungsunruhen in Teheran

(TU.) London, 25. September. „Chicago Tribune" berichtet, daß die Unruhen in Teheran andauern. Auch die Frauen beteiligen sich an der Bewegung. Alle Läden sind geschlossen. Da man die Bewegung auf bolschewistische Einflüsse zurückführt, werden die Zugänge zur Sowjetgesandtschaft militärisch bewacht, um zu verhindern, daß Aufständische dorthin flüchten.

Hilferuf der Drusen an den Völkerbund

Die Morgenblätter melden aus Genf: Emir Schekik Arslsa, Delegierter der syrischen Unabhängigkeitsbewegung, richtete an den Präsidenten der Völkerbundversammlung folgendes Telegramm: „Sultan Pascha al Atrasch, der Leiter des Drusenaufstandes, beauftragte mich, den Völkerbund auf die Willkürakte der Mandatarmacht Syriens aufmerksam zu machen. Da Syrien keine französische Kolonie ist, sondern unter Völkerbundsmandat steht, ist es Aufgabe des Völkerbundes, selbst die Prüfung des zwischen der Mandatarmacht und der Bevölkerung entstandenen Konflikts vorzunehmen und dementsprechend zu handeln." Das heißt doch wohl, den Teufel bei seiner Großmutter verklagen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250929-13/fragment/page=0002

Der Bergbau der UdSSR. nach der SPD.-Presse und wie er tatsächlich ist

Von J. Abramow

Das „Volksblatt" wimmelt in getreulicher Nachahmung des „Vorwärts" anläßlich der Berichte der deutschen Rußland-Delegierten wieder einmal von Volksverhetzende und insbesondere Verdrehungen der wirtschaftlichen Verhältnisse und Arbeiterlöhne in Sowjet-Rußland. Besonders beziehen sich diese Verdrehungen auf die Lage im russischen Bergbau.

Wir bringen deshalb einen ausführlichen Artikel des Genossen Abramow in dem er im Auftrage des Zentralkomitees des allrussischen Bergarbeiterverbandes eingehend und objektiv, ohne zu beschönigen, besonders die Lage des Bergbaues in Sowjet-Rußland schildert.

I.

In der Zeit, wo die deutsche Arbeiterdelegation die Einrichtung der Staatsverwaltung, den Stand der Volkswirtschaft der UdSSR. und die Lage der Arbeiterklasse sehr aufmerksam studierte, bemühte sich der „Vorwärts" im Artikel „Sowjet-Rußlands Bergwerks- und Hüttenindustrie" in der Nummer vom 24. Juli 1925 die Bedeutung der raschen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse in der UdSSR. zu schmälern. Warum der „Vorwärts" seine Daten aus irgendwelchen sachmänischen Kreisen erhält und nicht aus den offiziellen Sowjet-Quellen (Wirtschaftsjournale und Zeitungen) schöpft, das erklärt er an einer Stelle des erwähnten Artikels durch folgenden Hinweis: „Die Statistiken dürften wohl frisiert sein, um dem Patienten ein möglichst gutes Aussehen zu geben, denn der internationale Kapitalismus soll seiner Lebensdauer vertrauen. Aber die Wahrheit läßt sich nicht verstecken."

Ganz richtig, Ihr Herren vom „Vorwärts", Euch wird es nicht gelingen, die Wahrheit über Sowjet-Rußland zu verstecken.

Um die geringen Erfolge der Entwicklung des Kohlenbergbaues zu zeigen, behauptet der „Vorwärts", daß die Kohlenproduktion in der UdSSR. im Jahre 1924 nur 50 Prozent und im Donezbecken nur 45,2 Prozent der Produktion des Jahres 1913 betrug. Wenn der „Vorwärts" objektiv wäre, so hätte die Dynamik der Entwicklung der Kohlenproduktion in der UdSSR. in den Jahren der Nationalisierung ihren Stand in der Gegenwart und ihre Aussichten in der Zukunft anführen müssen, da jede ökonomische Erscheinung nicht allein statistisch, sondern auch dynamisch geprüft werden muß. Wenn wir den Stand des Kohlenbergbaues in diesem Sinne werten, so ergibt sich folgendes:

Gesamtproduktion in der UdSSR. in 1000 Tonnen

1913	1920	1921	1922	1923	1924	Die im Jahre 1924/25 zu erwartende Ausbeute*)	Produktion im Jahre 1925/26 laut Plan*)
29023 [1])	7 634 [2])	8 514 [2])	9047 [2])	13 422 [3])	15876 [4])	15 800	24 553
In Prozenten zu 1913:							
100	26,3	29,3	31,2	46,2	54,7	54,4	84,6
Ja Prozenten zu 1920:							
—	100	111,5	118,5	175,8	208,1	207,0	321,6
Produktion im Donezbecken in 1000 Tonnen							
25288 [1])	4 465 [2])	54089,[2])	6 144 [2])	9 522 [2])	12 364 [4])	12 351	19 395
In Prozenten:							
100	17,7	21,4	24,3	37,7	48,9	48,8	76,7

Aus dieser Tabelle ist zu ersehen, daß **die Produktion** im Jahre 1924 und im Jahre 1924/25 im Vergleich zum Jahre 1920 **über das Zweifache gestiegen** ist. Die Ziffern zeigen, daß die Steinkohlenförderung in der ganzen Union der SSR., besonders im Donezbecken, von Jahr zu Jahr zunimmt. Der Kohlenbergbau erlebt **in allen kapitalistischen Staaten heute eine fürchterliche Krise, während wir in Sowjet-Rußland aus der Krise heraus sind** und jetzt aufwärtssteigen. Weiter führt der erwähnte Artikel des „Vorwärts" als eine negative Erscheinung in der Oekonomik des Kohlenbergbaues unserer Union den Umstand an, daß im Jahre 1923/24 unser Kohlenbergbau einen Zuschuß von 24,8 Millionen Goldrubel und 50 Millionen Staatskredit erhalten hat. Wir konstatieren noch einmal, daß der „Vorwärts" nicht die Quelle dieser Zahlen anführt. Nach unseren Daten, die auf der genauen Bilanz aller großen Steinkohlentrusts am 1. Oktober 1924, die vom Obersten Volkswirtschaftsrat bestätigt wurden, basieren, betrug der Zuschuß 19 732 000 Rubel und die Kredite 31 237 000 Rubel. Der Unterschied zwischen unseren und den Zahlen des „Vorwärts" ist ziemlich groß; es handelt sich aber nicht um diesen Unterschied. Uns setzt in Erstaunen, wie der „Vorwärts" die Frage stellt, daß der Bergbau Staatskredite (vom „Vorwärts" gesperrt, J. A.) erhält. Erstens gibt es außer Staatskrediten bei uns keine Kredite, da alle Banken mit dem Uebergang der Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern sowie auch die ganze Großindustrie nationalisiert wurden. Zweitens arbeiten vielleicht im Auslande alle kapitalistischen Betriebe nur mit eigenen Mitteln? Erhalten sie von den kapitalistischen Banken vielleicht keine Kredite? Weshalb sollen die Betriebe unseres Kohlenbergbaues keine Kredite von den staatlichen Kreditanstalten in Anspruch nehmen?

Der „Vorwärts" hält es für eine ökonomisch ungesunde Erscheinung, daß der Kohlenbergbau Zuschüsse erhält. Der „Vorwärts" weiß, daß während des Krieges, der Intervention und der Beläuffung der Konterrevolution dem Kohlenbergbau von außen gar keine Geldmittel zugeflossen sind und das amortisierte Vermögen nicht wieder hergestellt wurde. Angesichts dieses Umstandes vermag jeder, der von der Oekonomie auch nur die geringste Ahnung hat, einzusehen, daß im Verlaufe der zwei bis drei Jahre, wo der Kohlenbergbau auf der Grundlage kaufmännischer Geschäftsführung tätig ist, eine Akkumulation von Geldmitteln nur auf dem Wege von Amortisationszahlungen für die Erneuerung des vorhandenen Inventars und der Ausrüstung und nicht für eine weitere Steigerung und Erneuerung des Grundkapitals unmöglich ist. Das kann man aus folgendem ersehen: Im Wirtschaftsjahre 1923/24 wurden in sämtlichen Kohlentrusts, die für die ganze Union von Bedeutung sind, Aufbauarbeiten im Betrage von 29 003 000 Rubel ausgeführt. Darunter vom Donezkohlentrust im Betrage von 25 902 000 Rubel, während Dotationen, wie bereits oben hingewiesen, nur im Betrage von 19 732 000 Rubel erteilt wurden, darunter an den Donezkohlentrust im Betrage von 17 721 000 Rubel.

Wir wollen nicht in Abrede stellen, daß der Wiederaufbau unserer zerstörten Kohlenindustrie **mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen** hat. Aber Schritt für Schritt, jahraus, jahrein, setzen wir alles daran, diesen Wiederaufbau zu vollenden, und es ist der Tag nicht mehr fern, wo die Hilfe des Reichsfiskus noch in Anspruch genommen werden wird. Merkt es Euch wohl, Ihr Herren vom „Vorwärts": Die Staatsindustrie wendet sich und wird sich im Notfall auch fürderhin an den Staatsfiskus um Hilfe wenden, selbstredend an den Fiskus des Staates, **der unter proletarischer Diktatur steht. Euch gefällt das nicht. Ihr zieht es natürlich vor, daß Euer bürgerlicher Staat die Bevölkerung, und speziell die Arbeiterklasse plündert, und Subventionen an Eure Kapitalisten erteilt, um für sie Dividenden zu sichern und ihr heiliges Eigentum sowie ihre demokratische Staatsverwaltung unversehrt zu lassen. Diese Handlungsweise habt Ihr während der Ruhrbesetzung im Jahre 1923 und bei der Durchführung des Dawes-Planes unerstützt.**

Weiter setzt der „Vorwärts" sein Bemühen fort, die krankhafte Lage des Kohlenbergbaues nachzuweisen und schreibt: „Sodann ist diese staatskapitalistische Bergbaugemeinschaft mit der Steuerzahlung an den Staat stark im Verzug . . . Aber nicht nur die Staatssteuern wurden zeitweilig nicht gezahlt, sondern auch die Bergarbeiter erhielten monatelang keinen Lohn. (Vom „Vorwärts" gesperrt. J. A.) Deswegen ist es des öfteren zu heftigen Streiks gekommen. Von dieser Behandlung des Proletariats ist natürlich in der deutsch-kommunistischen Presse kein Wort zu lesen. Darüber hat sie auf Befehl zu schweigen." Nachdem der „Vorwärts" über „heftige Streiks" gelogen hat, die im Jahre 1924 **in keinem einzigen Kohlenbergwerk** vorgekommen sind, führt er zur Bestätigung seiner Behauptungen einen Auszug aus meinem Artikel an, der im „Trud" Nr. 2 vom 3. Januar 1925 abgedruckt war, und von dem ein Auszug, wie der „Vorwärts" sagt, in der „Wirtschaft des Donezreviers" Nr. 5/6 vom Jahre 1925 in dem Aufsatz „Der Donezkohlentrust und das Donezrevier in der Presse" veröffentlicht wurde. In diesem Artikel hatte ich geschrieben, daß

dringliche Maßnahmen zur Regelung der Finanzlage der Steinkohlentrusts erforderlich sind. Ein für allemal muß man dem widerlich indifferenten Verhalten der entsprechenden Organisationen zur unpünktlichen Auszahlung der Löhne an die Arbeiter des Steinkohlenbergbaues ein Ende machen. Man muß diese Erscheinung nicht in Worten allein, sondern auch in der Tat bekämpfen, sonst untergraben wir den industriellen Aufschwung der Bergarbeiter und wird die von sämtlichen lokalen Organisationen geleistete kolossale Arbeit zunichte.

Der „Vorwärts" beschuldigt uns, daß der Kohlenbergbau keine Staatssteuern zahlt, daß wir monatelang den Arbeitern keine Löhne auszahlen und daß es deshalb zu „heftigen Streiks" gekommen ist. Ende 1924 hatte eine Nichtentrichtung von Staatssteuern und eine Verzögerung der Lohnzahlung stattgefunden, und zwar infolge der schwierigen Finanzlage einiger Steinkohlentrusts wegen der Ueberproduktion der Kohle. Aber das war Ende 1924, **gegenwärtig** ist von diesen Erscheinungen schon 7 bis 8 Monate lang **nichts zu spüren.** Diese Schwierigkeiten im Steinkohlenbergbau sind bereits überwunden. Der „Vorwärts" aber verschweigt absichtlich diese Tatsache.

Die eben bezeichneten Zahlungsschwierigkeiten, die also längst überwunden sind, erklären sich nach Ansicht der „Fachleute" aus dem „Vorwärts" daraus, daß „es auf dem Gebiete der Mechanisierung im russischen Bergbau sehr schlecht bestellt ist." Zur Bestätigung dieser Worte führt der „Vorwärts" ein Zitat aus dem Artikel des Genossen Iwanow „Zur Frage des Absatzes der Donezkohle und der Mechanisierung der Förderung" an, der in der „Wirtschaft des Donezreviers" Nr. 7/8 im April 1925 abgedruckt war. Wie wiesen bereits darauf hin, daß die Finanzschwierigkeiten der Steinkohlentrusts Ende 1924 sich **nicht daraus** erklären, daß es für uns mit der Mechanisierung schlecht bestellt ist. Der allgemeine Fortschritt des Kohlenbergbaues, die Hebung der Produktion bis zum Niveau der vorgeschrittenen Industrieländer hängt allerdings von der Mechanisierung ab. Daß es bei uns um die Mechanisierung nicht glänzend bestellt ist, ist richtig. Davon sprachen wir stets und überall, wie überhaupt über alle unsere Mängel. Konnten wir auf Grund der von uns angeführten Umstände in den Jahren der Revolution die Sache rasch fördern? Gewiß nicht, da die internationale Bourgeoisie im Bunde mit den Sozialisten uns für die Wiederherstellung der Industrie keine Kredite geben will. Da das so ist, müssen **wir selbst auf Kosten der eigenen Mittel die Sache fördern.** Daß sich bei uns die Mechanisierung nicht auf dem toten Punkt befindet, geht aus folgenden **Angaben über den Trust der Donezkohle** hervor:

Auf maschinellem Wege beförderte Kohle im Vergleich zur Gesamtausbeute:

Gesamtausbeute des Trustes „Donugolja" in Tonnen

1921/22	1922/23	1923/24	1924/25 zu erwartende Ausbeute	1925/26 laut Plan
5 509	6 054	8 886	9 139	14 745
Davon auf maschinellem Wege gefördert:				
182	201	272	511	1 225
In Prozenten der Gesamtausbeute:				
3,30	3,32	3,06	5,60	8,31

Im Jahre 1924/25 wurden deshalb auf maschinellem Wege **fast dreimal mehr Kohlen gefördert,** als im Jahre 1921/22, und im Jahre 1925/26 werden im Vergleich zum Jahre 1921/22 6,6mal mehr Kohle gefördert werden. Im Kieseltrust (Ural-Kieselo) wurden im Jahre 1923/24 65 500 To. oder 10 Prozent der Gesamtausbeute des Jahres 1923/24 auf maschinellem Wege gefördert. Im Jahre 1924/25 werden 122 800 To. oder 15 Prozent und im Jahre 1925/26 30 Proz. der Gesamtausbeute auf maschinellem Wege gewonnen werden.

„Noch schlechter als die Kohlengewinnung ist es im Erzbergbau bestellt", schreibt der „Vorwärts" weiter. Er fährt dann, nachdem er einige Daten anführt, die den finanziellen und allgemeinen Zustand des Eisenerzbergbaus 1924 im Vergleich mit dem Jahre 1913 darstellen sollen, fort: „Angesichts solcher Ergebnisse ist es absurd, von einem Aufschwung der russischen Industrie unter dem System des russischen Staatskapitalismus zu reden. Eine Besserung ist gegenüber dem tiefsten Stand von 1920 wohl festzustellen, sie hat aber längst nicht genügt, um an die Produktionsziffern von 1913 heranzureichen." Wir werden uns nicht eingehend mit diesen Industriezweigen beschäftigen, sondern weisen nur darauf hin, daß sie sich ebenfalls gut entwickeln. So steigerte der Eisenerzbergbau seine Produktivität im Jahre 1924/25 im Vergleich mit 1923/24 um 102, und im Jahre 1925/26 wird die Produktion im Vergleich mit 1924/25 sich abermals um 120 Prozent steigern. (In der Metallindustrie wird der Wert der Produktion, in Vorkriegsrubeln ausgedrückt, im Jahre 1924/25 im Vergleich zu 1923/24 um 91 Prozent steigen, im Jahre 1925 dagegen im Vergleich zu 1924/25 abermals um 57 Prozent. (Siehe Torgowo Promyshlennaja Gazetta vom 9. August Nr. 180 „Ausschiten der Industrie im Jahre 1925/26, Seite 2".) **Wir beachten deshalb auch auf diesem Gebiete** einen großen Aufschwung. Der „Vorwärts", der den Stand der Berg- und Hüttenbetriebe **„analysiert"** und einen Auszug aus dem Bericht der Kommission des Zentralkomitees des Bergarbeiterverbandes, die die Lage Ende 1924 im Donezbecken unterlucht hat, bemerkt tiefsinnig: **„bei ansteigender Produktivität rückläufiger Lohn".** (Vom „Vorwärts" gesperrt. J. A.)

Ende 1924 fiel der Lohn im Vergleich mit Mitte 1924 in Verbindung mit der Kampagne zur Hebung der Produktivität der Arbeit in den Staatsbetrieben zwecks Verbilligung der Produktion tatsächlich um ein geringes. Der „Vorwärts" verschweigt absichtlich, **daß Ende des Berichtes dieser Kommission („Trud", 31. März 1925, Nr. 73, Seite 5), in dem es buchstäblich heißt: „Diese Divergenz des Lohnes und der Produktivität bezieht sich auf jene Periode, wo der Lohnsatz der ersten Klasse 8 Rubel betrug. Vom Januar 1925 ab** wurde aber der Lohnsatz um 50 Kopeken erhöht und als es sich herausstellte, daß eine große Differenz zwischen der Produktivität der Arbeit und dem Lohne besteht, da erklärte sich der Trust „Donezkohle" mit einer neuerlichen Erhöhung der Lohnsätze um 50 Kopeken einverstanden. Seit dem 1. April 1925 beträgt deshalb der Lohnsatz der ersten Lohnklasse 9 Rubel."

Für den „Vorwärts" und als Ergänzung zu dem oben angegebenen Zitat teilen wir mit, daß **vom 1. Juli 1925 an der Lohnsatz der Bergarbeiter im Donezbecken abermals um einen Rubel gesteigert** wurde, und demnach 10 Rubel beträgt*). Die Löhne wurden deshalb vom Januar bis zum Juli 1925 dreimal, im ganzen um 20 Prozent erhöht, wodurch die zeitweilige Reduzierung am Ende des Jahres 1924 bereits wettgemacht worden ist. Dem kann noch hinzugefügt werden, daß das **Zentralkomitee des Bergarbeiterverbandes beabsichtigt, den Lohn der Arbeiter im Donezbecken vom 1. Oktober ab abermals um 20 Prozent zu erhöhen.** Möge der „Vorwärts" sagen, ob es unter dem kapitalistischen System möglich ist, innerhalb eines halben Jahres den Lohn im ganzen um 20 Prozent zu erhöhen. Wohl kaum.

Wir werden ruhig und stetig arbeiten, damit der Volkswirtschaft der UdSSR. auch ohne die Hilfe der sozialdemokratischen Führer und des „Vorwärts", die in ihrer ohnmächtigen Wut Gift und Galle gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt speien, sozialistische Prinzipien zugrunde gelegt werden.

J. A. des Präsidiums des Zentralkomitees des Bergarbeiterverbandes der UdSSR.
J. Abramow.

*) In der UdSSR. erfolgt die Berechnung des Lohnes aller Werktätigen auf Grund einer Skala, deren Lohnklassen ein Verhältnis von 1 : 8 oder 1 : 10 haben.

*) Das Wirtschafts- und Operationsjahr beginnt in der Sowjetunion am 1. Okt.

1) Mitteilungen des Statistischen Zentralamtes, 2. Band „Die Volkswirtschaft der UdSSR. in Zahlen", Ausgabe 1925.

2) „Die Volkswirtschaft der UdSSR. in Zahlen", Ausgabe des Statistischen Zentralamtes, 1. Band, Heft 1924.

3) Die „Volkswirtschaft der UdSSR.", dritter und vierter Band der „Ekonomitscheskaja Schisn", 1924/25.

4) „Oekonomische Rundschau", Juli 1925, Ausgabe der „Ekonomitscheskaja Schisn".

Die Wahrheit über Sowjet-Rußland

Kollege Bretag in Kelbra

Am Freitag, 25. September, fand eine vom Ortsausschuß des ADGB. einberufene **öffentliche Volksversammlung** in der „Sängerhalle" statt. Kollege Erich Bretag (Wittenberg) gab den Bericht von seiner Reise nach Sowjet-Rußland. Da das Wesentlichste aus den Berichten im „Klassenkampf" aus anderen Orten schon bekannt ist, sei nur noch einmal hervorgehoben, daß die **Betriebsräte in Sowjet-Rußland ganz andere Rechte haben als in Deutschland,** und daß die Delegierten sich völlig frei bewegen und hingehen konnten, wohin sie wollten. Gerade nichtkommunistische Parteimitglieder versicherten den Delegierten immer wieder, daß die **kommunistischen Zellen nicht den geringsten Zwang oder Terror auf parteilose Kollegen ausübten.**

Der vom „Volksblatt" angegebene Durchschnittslohn von 45 Rubel (1 Rubel = 2 RM.) stimmt per Monat, aber durch den Akkordzuschlag wird der **Reallohn wesentlich höher.**

Nach dem mit großer Aufmerksamkeit und Zustimmung aufgenommenen Referat des Kollegen Bretag wurde folgende Resolution gegen zwei SPD.-Stimmen angenommen:

„Die am 25. September 1925 in der „Sängerhalle" in Kelbra stattgefundene Versammlung, einberufen vom Ortsausschuß des ADGB., nimmt nach dem Bericht des Rußland-Delegierten Kollegen Bretag (Wittenberg) über die Verhältnisse in Sowjet-Rußland mit Entrüstung Kenntnis von dem Beschluß des ADGB.-Kongresses in Breslau, keine Delegierten der deutschen Gewerkschaften zum Studium der Verhältnisse in Sowjet-Rußland nach dort zu senden. Dieser Beschluß kann nur als eine Hintertreibung des sehnsüchtigen Verlangens der deutschen Arbeiterschaft, die die Wahrheit über Rußland hören wollen, angesehen werden. Die Versammlung tadelt in dem Bericht des Kollegen Bretag über die russischen Verhältnisse ein wirksames Mittel, um der Hetze gegen Sowjet-Rußland die Spitze abzubrechen und hält die Schaffung eines Bündnisses aller Werktätigen mit Sowjet-Rußland für eine zwingende Notwendigkeit, um den geplanten Vernichtungsfeldzug der antibolschewistischen Staaten gegen Sowjet-Rußland zu verhindern."

Die Versammlung dauerte bis nachts 1 Uhr. Nur den „prominenten Führern" der SPD., Setzepfand und Rößler, wurden die Köpfe zu heiß. **Sie wollten sich abkühlen, vergaßen aber das Wiederkommen.** Ja, ja, es ist schlimm, wenn man die Wahrheit nicht vertragen kann und nicht den Mut findet, in der Versammlung seine Meinung frei und öffentlich zum Ausdruck zu bringen! Aber da ist ja immer noch das „Volksblatt", in dem diese Leute immer noch ihre Meinung zum Ausdruck bringen können, ohne der unmittelbaren Empörung der Arbeiterschaft ausgesetzt zu sein!

Den Arbeitern von Kelbra rufen wir zu: **Tut die bürgerliche Presse einschließlich des „Volksblatts" aus dem Hause,** die in der gemeinsten Weise gegen Sowjet-Rußland hetzen, und die nicht begreifen wollen, daß es in Sowjet-Rußland im Sinne der Arbeiterklasse vorwärts geht, und daß **die Arbeiter und Bauern ihr Geschick selbst bestimmen.**

Lest die einzige Zeitung, die den Kampf für ein freies Sowjet-Deutschland, für das **Bündnis der deutschen Arbeiterschaft mit der russischen, führt.** Das ist der „Klassenkampf".

Jung-Spartakusbund und Kommunistische Partei

Sehr viele Parteigenossen sind theoretisch weit vorgebildet und auch praktisch wissen sie im Betrieb, in der Zelle, bei Agitation usw. ihren Mann zu stellen. Fragt man aber in Versammlungen einen solchen Genossen: „Wie erziehst du deine Kinder zu Klassenkämpfern?", dann wird er meist ein sehr verdutztes Gesicht machen, weil er sich bisher sehr wenig um solche Dinge gekümmert hat. Genossen, es ist viel über den Brief des Ekki geschrieben und diskutiert worden. Ueber die Frage der Erziehung unserer Kinder jedoch hat man bisher sehr wenig gehört.

Warum diese Lauheit und Interesselosigkeit? Ist nicht gerade an unseren Kindern die wichtigste Aufklärungsarbeit notwendig, sie, die einst unsere Nachfolger, die Fortführer des proletarischen Klassenkampfes sein sollen?

Die einzige Organisation der Arbeiterkinder ist der „Jung-Spartakusbund". Warum sind in diesem alle anderen Kinder, nur nicht die Kinder unserer Parteigenossen?

Bin ich nur Kommunist, wenn ich in den Betrieben arbeite oder Referate halte? Nein, Kommunist sein, heißt ganz und gar umlernen, umdenken, heißt alles, das ganze Leben mit kommunistischem Geist zu durchdringen. Und da ist vor allem die revolutionäre Erziehung der Kinder nötig.

Das Ziel des JSB. ist, die proletarischen Kinder zu Klassenkämpfern zu erziehen, nicht zu schöngeistigen Menschen oder sehnsüchtigen Sonnenkindern, wie es die sozialdemokratischen Kinderfreunde versuchen. Kämpfer können sie nur werden, wenn sie sich schulen und gleichzeitig Kampf führen. Der Kampf der Kinder ist der Kampf in der Schule gegen nationalistische Lehrer, gegen Prügelstrafe usw. Kein Genosse soll denken, daß die heutige Schule neutral sei oder daß ein nichtprügelnder Lehrer nicht ebenso gefährlich für unsere proletarischen Kinder werden könne wie ein Prügelheld. Der ganze Stoff der heutigen Schule, sowie ihre Unterrichtsweise geht darauf hinaus, die Kinder zu bürgerlichdenkenden Menschen zu erziehen, die sich später willenlos als Arbeitsklaven gebrauchen lassen. Durch Schulungsarbeit der Gruppenleiter sollen unsere Kinder befähigt werden, gegen solche Methoden und Beeinflussung der Lehrer mit ihrem besseren Wissen Kampf zu führen.

Selbstverständlich können die Kinder nicht isoliert kämpfen, sie müssen in Kontakt bleiben mit den Kämpfen der Partei und Jugend, sie müssen in allen Aktionen gemeinsam handeln.

Selbstverständlich wird der JSB. nicht nur Schulkampf führen. Vorträge, Wanderungen, Liederabende usw. werden die Kinder geistig und körperlich kräftigen. Dies alles aber ist nicht Selbstzweck. Eine Kampfgemeinschaft soll der JSB. sein. Schulter an Schulter mit Partei- und Jugendgenossen.

Deshalb, ihr Arbeiteraltern, wacht endlich auf aus eurem Spießbürgertum [illegible] nicht, Klassenkämpfer zu sein, wenn ihr eure [illegible] laßt. Schickt sie in den JSB. und kümmert euch um diesen. Stellt euch zur Verfügung als Leiter und Helfer, damit unser kommunistischer Kinderverband wächst und alle Arbeiterkinder zu revolutionären Klassenkämpfern erziehen kann.

Dr. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250929-13/fragment/page=0003

Am
Oktober
1
Donnerstag

beginnt die größte Veranstaltung unseres Hauses.
Unser
Quartals-Verkauf
wird Ihnen den Beweis liefern, daß wir in bezug auf Preise, Qualität und Auswahl **an der Spitze stehen!**
Vorverkauf bereits Mittwoch
NUSSBAUM
Halle a. d. S. Das Haus der Qualitätswaren und billigen Preise Gr. Ulrichstr. 60-61

Rundfunkprogramm

Mittwoch, den 30. September 1925

10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Kouvert-Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Börsen- und Presseberichte. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Leipziger Rundfunkhauskapelle, dazwischen liest Martina Gedeck Märchen und spricht Fritz Habersbrunk. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Die Erziehung des Unterbewußtseins." Die Leitbilder der Psychoanalyse. Erläuterungen an einfachen Fehlleistungen (Versprechen, Verlesen, Vergessen usw.). 7.30 bis 8 Uhr: „Volkstümliche Musik von heute und ihre Sponsen." 8.15 Uhr: Stationsdienst. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Presseberichte und Sportfunkdienst.

Donnerstag, den 1. Oktober 1925

10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Kouvert-Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Börsen- und Presseberichte. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Leipziger Rundfunkhauskapelle auf Welle 452. 4.30 bis 6 Uhr: **Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkhauskapelle auf Welle 281.** 6.30 bis 6.45 Uhr: Sportvorrundfunk. 7 bis 7.30 Uhr: 1. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Einblick in die experimentelle Psychologie des Kindes. Einführung. Kundtrage Film." 7.30 bis 8 Uhr: 1. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Die französische Revolution." **Programm der Mitteldeutschen Sendestelle Leipzig.** 8.15 Uhr: Kleine Kammerspiele. **Programm der Mitteldeutschen Sendestelle Dresden.** 8.15 Uhr: Beethoven-Abend. Anschließend (etwa 9.30 Uhr: Presseberichte und Sportfunkdienst. Darauf Tanzmusik bis 11.30 Uhr, ausgeführt von der Leipziger Rundfunkhauskapelle.

Freitag, den 2. Oktober 1925

10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Kouvert-Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Börsen- und Presseberichte. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Rundfunkhauskapelle. 6.30 bis 7 Uhr: Probeproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Sonnenfang und Raigabe der Vogelkunde." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Die Erziehung des Unterbewußtseins." Komplizierte Fehlleistungen: „Witz" — Verlesung" — „Verschreibung" usw. vom Standpunkt der Psychoanalyse betrachtet. 8.15 Uhr: Kammermusik. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Presseberichte und Sportfunkdienst. Sendeschluß etwa 10 Uhr, doch ohne Gewähr. Danach bereitet für Rundfunkfunde, die auswärtige Sender hören wollen.

Sonnabend, den 3. Oktober 1925

10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Kouvert-Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presseberichte. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Rundfunkhauskapelle. 6.30 bis 6.45 Uhr: Sportfunkdienst. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Atmenschen in Sachsen." 7.30 bis 8 Uhr: Hochdeutsche Vortragsreihe. 14. Abend: „Fußball und deutscher Volkssport." **Programm der Mitteldeutschen Sendestelle Dresden.** 8.15 Uhr: Balladen-Abend. Anschließend (etwa 9.30 Uhr: Presseberichte und Sportfunkdienst. Darauf Tanzmusik bis 11.30 Uhr von Dresden aus.

Sonntag, den 4. Oktober 1925

6.30 bis 9 Uhr: Orgelkonzert aus der Leipziger Universitätskirche. 11 bis 11.30 Uhr: Hans-Sachs-Schule. 11 bis 11.30 Uhr: Verlesung über Charakterfigur aller Zeiten: Schauspieler „Komödie Dersten." 11.30 bis 1 Uhr: Morgenfeier für Friedrich Lienhardt 60. Geburtstag vom Deutschen Nationaltheater Weimar aus. 4.30 bis 6 Uhr: Durchgeistigte Oper. 8.15 Uhr: Hörspiel: Der Strom. Drama in drei Akten von Max Halbe. (Zum Geburtstage des Dichters.) 10 Uhr: Sportfunkdienst.

Versammlungen der KPD

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Diesdorf 26. Funktionärsitzung Mittwoch, 30. September, abends 8 Uhr, im „Lindenhof". Alle Funktionäre sowie Unterkassierer haben bestimmt zu erscheinen.

Bennewitz. Funktionärsitzung Mittwoch, 30. September, abends 8 Uhr, „Elterial".

Löbejün. Mitgliederversammlung Mittwoch, 30. September, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler".

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Mitgliederversammlung Donnerstag, 1. Oktober, abends 8 Uhr, in der Frankenburg. Jedes Mitglied hat pünktlich zu erscheinen.

Unterbezirk Bernburg-Bernburg-Hoyerswerda

Ciesleben. Funktionärsitzung Freitag, 2. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkshaus". Es ist Pflicht aller Funktionäre zu erscheinen.

Ciesleben. Frauenbildungsabend Sonnabend, 3. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkshaus". Alle Genossinnen müssen erscheinen.

Versammlungen der Roten Hilfe

Reuschl. Mittwoch, 30. September, abends 8 Uhr, im Lokal „Gute Quelle", wichtige Mitgliederversammlung.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Heute abend Beteiligung an der Kapitäns-Versammlung im „Volkspark".

Abteilung 5, 6 und 21. Mittwoch, 30. September, abends 8 Uhr, im „Fröhlichen Jecher" Abteilungsversammlung.

Jungsturm

Bezirk 2 (Süden). Donnerstag, 1. Oktober, abends 8 Uhr, bei Freundlieb Bezirks-Pflichtversammlung.

Bezirk 3 (West). Mittwoch, 30. September, abends 8 Uhr, bei Bendlin Bezirks-Pflichtversammlung.

Bezirk 4 (Norden). Donnerstag, 1. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Bezirks-Pflichtversammlung.

Bezirk 5 (Zentrum). Donnerstag, 1. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Schützei" Bezirks-Pflichtversammlung.

Unterbezirk Saalkreis

Lettin. Donnerstag, 1. Oktober, 8 Uhr, in der „Erholung" Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Merseburg

Mittwoch, 30. September, in der „Stadt Leipzig" großer Werbeabend mit Lichtbildervortrag. Sämtliche Kameraden sind verpflichtet, die gesamte Arbeiterschaft zu diesem Abend einzuladen.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Mittwoch, 30. September, 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Alles restlos erscheinen.

Unterbezirk Wittenberg

Piesteritz. Donnerstag, 1. Oktober, 8 Uhr, im „Schützenhaus" Klein-Wittenberg, Pflichtversammlung.

Unterbezirk Zorgau-Liebenwerda

Elstermerda. Freitag, 2. Oktober, 8 Uhr, Gasthof „Zur Quelle" außerordentliche Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 30. September, 7½ Uhr, „Herberge", Jungsturmversammlung. Erscheinen ist Pflicht.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Freitag, 2. Oktober, ½8 Uhr, Antreten Klingenplatz zur Vollversammlung. Alles erscheinen.

C.T
Am Riebeckplatz — Große Ulrichstraße 51
Ab heute Dienstag
nachmittags 3.45 Uhr
in beiden Theatern zugleich
Die gewaltigste und packendste Schöpfung der Filmkunst!
Der Film, der durch seine hervorragenden Qualitäten als **das größte Meisterwerk deutscher Schauspielkunst und Filmtechnik** angesprochen werden muß!

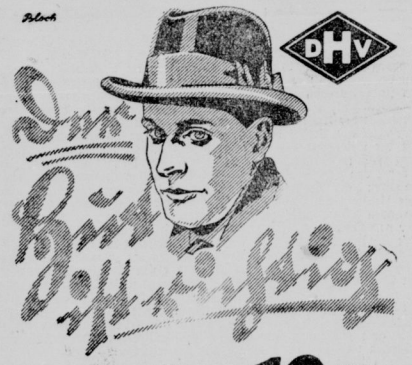
Der verfilmte Sittenroman von **Hugo Bettauer**
Die freudlose Gasse!
9 Akte! Ein Roman aus dem sterbenden Wien von **9 Akte!**
unerhört packender Handlung und Spannung
Aber nicht nur die Handlung ist es, die diesen Film zu einem **alles überragenden Erlebnis** macht, er fesselt auch durch eine **ganz erlesene Darstellung!!**
Wir nennen nur einige Namen:
Jaro Fürth, Greta Garbo, Asta Nielsen, Karl Ettlinger, Ilka Grüning, Gräfin Agnes Esterhazy, Tamara, Robert Garrison, Einar Hanson, Valeska Gert, Gräfin Tolstoi, Werner Krauß, Grigori Chmara usw.
Nicht nur ein Einzelschicksal wird geschildert, sondern die Tragödie eines sterbenden Volkes nach dem grausigen Weltkriege ist wie in einem Brennspiegel mit grandioser Wucht festgehalten.
„Die freudlose Gasse" ist der Film der Filme!
Ein vollendetes Meisterwerk!
Ein bis in alle Tiefen aufrüttelndes, erschütterndes Zeitbild aus allerjüngster Vergangenheit!
Ferner: 3080
Der ausgezeichnete bunte Teil!
In beiden Theatern verstärktes Orchester
Anfangszeiten: Werktags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr
Ab heute wieder die ortsüblichen **Kino-Eintrittspreise!**

Stadt-Theater
Mittwoch 7½ Uhr
Die heilige Johanna
Ende 11 Uhr
Donnerstag 7½ Uhr
„Triefschübel"
mit den Damen Heller, Johow, Grether, den Herren Durra, Riebusch, Weber, Spielleitg. Intendant Dietrich
Ende 10 Uhr
Freitag 7½ Uhr
Der Troubadour

Klappwagen, Promenadenw.
zu Fabrikpreisen
Steinweg 19 a I

Junger Kellner
dauernd 3079
für Sonntags gesucht
Flugplatz-Kasino,
Boelkestraße

WALHALLA
Direktion: **Adolf Vogel.** Fernr. 8385
Nur noch 2 Tage
Otto Reutter
und weitere **10** Varieté-Sensationen
Gewöhnliche Preise!
Anfang 7½ Uhr — **Vorverkauf** ab 11 Uhr ununterbrochen an der Theaterkasse



6.50 8.- 10.50
Deutscher
Hut-Umsatz
Großer Ulrichstr. 58
Oberer Leipzigerstr. 67

Bekanntmachungen

Die Zinsen beim Städtischen Leihamt betragen vom 1. Oktober 1925 an monatlich 4% bis 30 Mk. und 3% über 30 Mk. Darlehn 3072

Halle, den 26. September 1925 **Der Magistrat**

Infolge der Verlegung der Wahlen zum Provinziallandtag auf den 29. November wird die zur Erhebung von Einsprüchen am 26. d. M. begonnene Auslegung der Wahlkartei aufgehoben. Neuauslegung wird später bekannt gegeben werden 3073

Halle den 28. September 1925 **Der Magistrat**

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.
Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Spargelder im Konsumverein angelegt, fördern die Gemeinwirtschaft

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250929-13/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Die Dorfkorrespondenten in der Sowjetunion

Von G. Ryklin (Moskau).

Der Gedanke der Dorfkorrespondentenbewegung ist nicht in der Zeit der Oktoberrevolution entstanden. Er hat sich erst nach dem Oktober gefestigt und entwickelt. Aber bereits in der alten „Prawda" hatten Bauern über ihre Nöte und Sorgen geschrieben und ihr allein ihre Klagen über das Joch der damals bestehenden Ordnung anvertraut.

Sowohl in der „Prawda" wie auch in anderen kommunistischen Organen hat Lenin ständig als Aufgabe festgestellt, daß in unseren Presseorganen nicht nur Berufsliteraten, sondern auch Arbeiter und Bauern schreiben müssen. Erst dann wird das Parteiorgan lebendig, erst dann wird es mit den Massen verbunden sein und ihre tatsächlichen Nöte und Bedürfnisse widerspiegeln. Aber natürlich war es in jenen Jahren vor 1917 unmöglich, an eine breite Massenbewegung von Dorfkorrespondenten auch nur zu denken. Damals schrieben nur die kühnsten, die fortgeschrittensten Bauern in der „Prawda". Denn es brachte häufig strenge Strafen seitens der zaristischen Polizei mit sich, wenn man die „Prawda" nur las, geschweige, wenn man an ihr mitarbeitete.

Nach der Oktoberrevolution, als die Bolschewiki an den Aufbau ihrer Presse schritten, wurde zum Grundsatze für alle Zeitungen, **näher an die Arbeiter- und Bauernleser heranzukommen** und nicht nur in einer für sie verständlichen Sprache zu schreiben, nicht nur über ihnen verständliche und naheliegende Dinge zu schreiben, sondern sie auch zum aktiven Aufbau der Presse, **zur aktiven Mitarbeit an unseren Zeitungen** heranzuziehen.

Die ersten Bauernzeitung **„Bjednota" (Armut)** war sofort imstande, diesen Weg zu beschreiten. Sie hat in verschiedenen Fragen der Tagespolitik die Bauernschaft zu lebhaften Aeußerungen angeregt und sie wiedergegeben. Lenin interessierte sich sehr für die „Bjednota" und für die Briefe von Bauern, die diese Zeitung erhielt. Er rief häufig den Redakteur zu sich und verlangte von ihm einen Bericht, der die Briefe von Bauern zur Grundlage haben sollte: Worüber schreiben die Bauern, welche Gruppen der Bauernschaft schreiben, worüber beklagen sie sich usw.? Für eine ganze Reihe seiner Artikel und mündlichen Aeußerungen benützte Lenin häufig jenes Material, das ihm diese Bauernbriefe lieferten.

Allmählich, mit jedem Jahre, wuchs die Bauernpresse, und zwar nicht nur in der **russischen** Sprache, sondern auch in der **ukrainischen, weißrussischen, georgischen, armenischen** und in anderen Sprachen der Völker, die die Sowjetunion bewohnen. Die Bauernpresse ist besonders in den letzten zwei Jahren stark angewachsen. War im Dezember 1923 die Gesamtauflage der Bauernzeitungen 200 000 Exemplare, so betrug sie am 1. August 1925 ungefähr 2,5 Millionen.

Gleichzeitig mit dem Wachsen der Auflage der Bauernzeitungen und mit dem Entstehen immer neuer Schichten von Lesern wacht und erweitert sich in der gesamten Sowjetunion die **Bewegung der Dorfkorrespondenten.** Die Anzahl der Dorfkorrespondenten in der Sowjetunion ist noch nicht genau festgestellt. Doch haben wir nach vorläufigen Schätzungen **mehr als 100 000 Dorfkorrespondenten.** Wie sehr das Heer der Dorfkorrespondenten im Anwachsen ist, bezeugen unter anderen folgende Ziffern: Im Januar 1924 hatte die zentrale „Krestjanskaja Gaseta" (Bauernzeitung) insgesamt 80 Dorfkorrespondenten, im April 1924 428, im September 1924 1570 und gegenwärtig bereits mehr als 2000. Jetzt erhält sie allmonatlich nicht weniger als **40 000 Briefe,** wobei die Sache so eingerichtet ist, **daß kein einziger Bauernbrief unbeantwortet bleibt.** Ein Teil von ihnen erhält sofort briefliche Antwort, ein anderer Teil erhält die Antwort durch die Zeitung. Andere wieder werden an die entsprechenden Sowjetorgane zur genauen Untersuchung oder zum Erhalt genauester Antworten zugewiesen. (Fortsetzung folgt.)

Arbeiter, rüstet zum Kampf in der Chemie!

Auch ich möchte mich einmal melden, denn wir stehen wieder vor Lohnverhandlungen, und alle Augen warten auf das, was da kommen soll. Wir sind zwar eine kleine Belegschaft, aber eine gute. Als Betriebsrat weiß man überhaupt nicht, wie man es machen soll, daß wir nun endlich vorwärts kommen. Es ist beschämend, daß die **Chemiebetriebsräte** so gleichgültig über solche wichtigen Sachen hinweggehen. Meines Erachtens kümmern sich die Herren nicht um ihre Belegschaften. Denn bei uns in Bitterfeld heißt es immer: **Was die Chemie zahlt, zahlen wir auch!** Wenn die Chemie 10 Pf. zahlt, bekommen wir es auch. So haben wir **nicht gewettet.** Es wird doch nun endlich Zeit, daß sich **die Arbeiterschaft zusammenfindet.** Daher will ich nun auf diesem Wege mal versuchen, ob es etwas hilft.

Ein neuer Arbeiterkorrespondent.

Polizei und Unternehmer Arm in Arm

Die bei der **Firma Kathe, Dieuitz,** seit dem 19. August ausgesperrten Arbeiter werden neuerdings auch von der Polizei nach Strich und Faden schikaniert. Nicht weit von der Fabrik sind seit einigen Tagen zwei Gendarme postiert, die eifrig mit dem Fabrikdirektor in spe, Herrn Triehaus, tuscheln und sich Notizen machen, wenn dieser dabei auf die Streikposten zeigt. Als einer der Kollegen mit einer Frau, die sich leider mit verschiedenen anderen Arbeiterinnen zusammen als Streikbrecher hat heranholen lassen, sprach, war sofort der Herr Oberwachtmeister da, um ihn aufzuschreiben. An einem Tag, als ein Arbeiter ruhig seines Weges ging, um einen Besuch in dem in der Nähe der Fabrik gelegenen Hause zu machen, wollte der Wachtmeister ihm **das Passieren der Straße verbieten.** Er rief sogar Sipo herzu und tanzelte den Arbeiter auf dem Rückweg noch einmal gehörig ab. Der Dank des Unternehmers an diese treuen Hüter der kapitalistischen Profite bleibt natürlich nicht aus. Zur Hochzeit des Sohnes des Oberwachtmeisters Schleich stellte **Herr Kathe großmütig zwei Autos zur Verfügung.**

Die Meister im Betriebe, besonders Strohbach und Römer, verbieten den Lehrlingen, mit den ausgesperrten Kollegen zu sprechen und horchen überall herum, ob die Ausgesperrten nicht irgendwelche Reden machen, auf Grund deren man bei Beendigung des Kampfes ihnen etwas anhaben kann.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen — früher behauptete Herr Kathe immer, Arbeiterinnen könnte er nicht gebrauchen —, die sich als **Streikbrecher** hergegeben haben, müssen sich doch einmal überlegen, daß sie damit der Gesamtarbeiterschaft in den Rücken fallen und daß auch ihr Los dadurch keineswegs gesichert ist. Auch Herr Diesmeier, der Abnehmer, ist vor kurzem auf die Straße geflogen, obwohl er ein treuer Diener des Herrn Kathe war.

Wie sieht es im „Ländchen" aus?

Im Braunkohlenbergbau des **Bockwitzer Ländchens** herrschen die schlechtesten Verhältnisse. Das Unternehmertum geht mit den raffiniertesten Mitteln vor. Nach dem Zusammenbruch des Oktoberstreikes 1923 ist es dem Unternehmertum gelungen, Bresche in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft zu schlagen. Vornehmlich die Bubiagwerke mit ihrem „menschenfreundlichen" Direktor Geiger korrumpierten die Bergarbeiter. Mit Hilfe des willfährigen Subjektes Hilscher wurden gelbe Werksvereine ins Leben gerufen. Die gelbe Sumpfpflanze wucherte. Tarifliche Arbeitszeit und Löhne wurden nicht mehr beachtet. Stahlhelmmethoden waren Trumpf. **Langsam,** durch die Praxis eines anderen belehrt, **erwacht jetzt die Arbeiterschaft.** Unendlich viel mühsame Arbeit wurde von seiten der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter geleistet. Selbst die Werksvereinler erkennen immer mehr, daß die Herren der Bubiagwerke, die ihnen bei Freibier so freundlich gesonnen, ihre größten Feinde sind. Gerade dort im Bockwitzer Ländchen tut Aufklärung dringend not.

Der **BAV. Bockwitz,** der eine in der Mehrheit kommunistische Verwaltung hat, berief zum 27. September eine öffentliche Bergarbeiterversammlung ein. Der Saal des „Volkshauses" war gut besetzt. Schmidt vom Hauptvorstand des BAV. behandelte insbesondere die jetzigen Verhandlungen mit dem Unternehmertum und beleuchtete auch die Frage der Werksvereine. Genosse Lademann zeichnete in der Diskussion in kurzen Strichen die Auswirkungen des Dawes-Paktes auf die Arbeiterschaft. Die von den SPD.-Führern versprochene Besserung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage läßt bis heute auf sich warten. Lediglich Hunger und Elend sind stabilisiert. Die Bourgeoisie hat verstanden, die Lasten auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Die SPD. hat die Hand geboten zu diesem freveltaften Spiel. Das Heer der Arbeitslosen wächst. Der Achtstundentag ist zum größten Teil abgeschafft. **Im Braunkohlenbergbau ist die ununterbrochene 12-Stundenschicht fast ohne Pausen zur Tatsache geworden.** Der BAV. hat seinerzeit den kleinen Finger zum Ueberarbeitszeitabkommen gegeben, das Unternehmertum hat die ganze Hand genommen und führt heute auf den Werken ein Gewaltregiment. Betriebsräte existieren in Bockwitz fast gar nicht. Die Dawes-Parteien können stolz sein auf ihre Errungenschaften. Die Fortsetzung der Unternehmeroffensive sind neue Steuern, Wucherzollvorlage, unerträgliche Verteuerung der Lebens- und Bedarfsartikel. Das Unternehmertum lacht über den nur parlamentarischen Kampf der SPD. Die Luther-Hindenburg-Regierung versucht durch den Preisabbauschwindel Kämpfe und Forderungen der Arbeiterschaft abzuwürgen. **Die Schlichtungsinstanzen sind nur Werkzeuge der Konterrevolution.** Es wird endlich Zeit, daß die Arbeiterschaft ihren wirklichen Feind erkennt, und der Unternehmeroffensive die geschlossene Front der arbeitenden Bevölkerung entgegenstellt. Jeder Arbeiter muß ein Agitator werden für unsere gemeinsamen Ziele. Die Organisationen sind zu stärken. Alles muß getan werden, um die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit herzustellen. Das **Beispiel der englischen Bergarbeiter,** die an ihrem „roten Freitag" einen großen Sieg über ihre Bourgeoisie erfochten haben, muß auch in Deutschland zur Tatsache werden.

Einige Kameraden zeichneten ein Bild von den unerhörten Unterdrückungsmethoden der Werksdirektoren, und wie man versucht, die Bergarbeiter um ihren verdienten Lohn zu betrügen. Ein Kamerad, der bis vor kurzem im Werksverein organisiert war, erklärte sich gegen die Werksgemeinschaft und für die freien Gewerkschaften. Der Referent Schmidt versuchte im Schlußwort gegen die Kommunisten ausfällig zu werden. Er fand jedoch bei den anwesenden Bergarbeitern keine Gegenliebe, sondern wurde durch Zwischenrufe belehrt, daß **in Bockwitz kein Platz für Demagogen ist.** Sehr interessant waren die Mitteilungen des kommunistischen Bevollmächtigten über den Stand der Mitgliederzahlen. Er führte aus, daß er am 1. Januar 1925 aus den Händen von SPD.-Kameraden eine Zahlstelle von 23 Mitgliedern übernommen hätte. Dank der planmäßigen Arbeit insbesondere der kommunistischen Gewerkschafter verfügt die Zahlstelle jetzt weit über 200 Mitglieder. Dies Ergebnis ist allen anderen Zahlstellen zur Nachahmung empfohlen.

Bergarbeiter! In der Jetztzeit finden die **Verhandlungen** zwischen Arbeitern und den vertragabschließenden Organisationen statt. Aus den bisher gepflogenen Verhandlung ist ersichtlich, daß **die Unternehmer keine Zugeständnisse** in der Frage des Lohnes und der Arbeitszeit machen wollen. Die Arbeitgeber verlangen die Beibehaltung der 10-Stundenschicht. Des weiteren die Anrechnung der Knappschaftsrenten auf den Lohn. Die Ermäßigung der Zulagen für Ueberschichten von 50 und 25 Prozent. Wenn bisher der Hauer im Gedinge 10 Prozent und mehr über den Lohn verdienen konnte, so soll in Zukunft ein Höchstverdienst nur bis zu 10 Prozent ausgezahlt werden. Den Arbeitern unter 21 Jahren soll in Zukunft kein Urlaub mehr gewährt werden. Festlegen des Gedinge- und Leistungslohnes soll in Zukunft allein dem Ermessen der Arbeitgeber überlassen bleiben.

Diese nur auszugsweise wiedergegebenen provokatorischen Forderungen der mitteldeutschen Berggewaltigen Piatschek und Leopold sind ein Schlag ins Gesicht der gesamten Bergarbeiterschaft. **In allen Betrieben müssen die Bergarbeiter selbst Stellung nehmen** zu den jetzt stattfindenden Verhandlungen. Der Bergarbeiter darf nicht mehr zuschauen, wie er verhandelt wird, sondern er muß auch in den Betrieben den Unternehmerterror brechen. Noch ist es Zeit:

Hinein in den Bergarbeiterverband! Laßt nicht ab von Euren Mindestforderungen:

Eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung!
Für den unumschränkten Achtstundentag.
Einstellung aller Erwerbslosen.
Für ein festes Bündnis aller Industriegruppen zur Führung eines gemeinschaftlichen Kampfes.
Für Ausbau des Knappschaftswesens.
Für ausreichende Familienhilfe bei Krankheitsfällen.
Für Erweiterung der Betriebsrätekechte.

Schiedsspruch bei der Mansfeld A.-G.

Bei der am 23. September in Halle stattgefundenen Schiedsgerichtsverhandlungen wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

1. Mit Wirkung ab 1. September 1925 erhöht sich der Ecklohn der hiesigen Lohntafel auf 5,50 Mk. (bisher 5,50 Mk.). Die übrigen Sätze der Lohntafel erhöhen sich im gleichen Verhältnis.

2. Soweit von der Mansfeld A.-G. über die Bestimmungen des Manteltarifs hinaus einzelnen Arbeitergruppen oder Arbeiterkategorien Qualitätszulagen oder sonstige Prämien gewährt werden, können diese **auf die bisherige Höhe angerechnet** werden.

3. Dieses Lohnabkommen kann erstmalig am 30. November 1925 gekündigt werden. Erklärungsfrist bis zum 30. September 1925.

Bei diesem Schiedsspruche stimmten die Vertreter der Mansfeld A.-G. ihr bekanntes Klagelied über die schlechte wirtschaftliche Lage ihrer Betriebe an und **lehnten den Schiedsspruch ab.**

Arbeiter der Mansfeld A.-G.! Das Versprechen der Regierung auf Preisabbau ist auch eine hohle Phrase! Wir müssen mehr denn je dazu übergehen, die **Einheitsfront der Gewerkschaften** zu bilden. Der Anfang dazu wird gemacht, indem ein jeder Arbeiter sich einer freien Gewerkschaft anschließt. Hinein in den **Deutschen Bergarbeiterverband!**

29.9.25

Die Herren Gendarmen sollten nur lieber darauf aufpassen, daß die Angestellten von Herrn Kathe nicht auf dem Bürgersteig fahren, wie das der Fall ist. Aber diese ziehen vor Herrn Schleich tief den Hut, und damit ist für diesen die Sache abgetan.

Zeitzer Tiefbaufirma Reinsberger in Weißenfels

Wir müssen uns nochmals mit der **Zeitzer Tiefbaufirma Reinsberger** beschäftigen, welche am Weißenfelser Bahnbau Arbeiten ausführt. Denn bei dieser Firma greifen unter Leitung ihres „bewährten" Schachtmeisters Hoppe Zustände Platz, die der Oeffentlichkeit unterbreitet werden müssen. Jetzt ist man sogar dazu übergegangen, **drei Arbeiter und den Betriebsrat wegen angeblich nicht genügend geleisteter Arbeit zu entlassen** und dies auf den Abgangszettel zu schreiben. Die Entlassenen sind alle große kräftige Leute, die immer nur schwere Arbeit verrichtet haben und bei dieser Firma schon seit drei bis fünf Monaten in Arbeit stehen. Der Grund ist aber der, daß sich die Leute **gegen die erbärmliche Lohnzahlung gewehrt haben.**

Mangel an Leistung, was für Leistung ist da gemeint, ob vielleicht Alkoholvertilgung? Denn da leistet der Schachtmeister Bewunderns-wertes! Der volle Stieglitz liegt immer in Bereitschaft. Bei dieser seiner ungeheuren Arbeit hat er auch einen recht tüchtigen Gehilfen in dem von der Bahnmeisterei zur Aufsicht hinbeorderten Rottenführer Sommer. Ist es da ein Wunder, wenn wieder mal ein Unglück passiert, wie wir es erst vor kurzem in Naumburg erlebt haben?

Ob sich der Schachtmeister Hoppe zum Tierstimmenimitator ausbilden will, um später sich als solcher in einem Zoologischen Garten zu produzieren, wissen wir nicht. Aber es hat ganz den Anschein. Denn er brüllt herum, wie ein wildes Tier, so daß sich die Einwohner von Burgwerben über diese seine vorzügliche Leistung schon beschwert haben. Hoffentlich läßt er sein Brüllen bald sein, sonst muß er nochmals die Wahrnehmung machen, daß er die ganze famose Baubude weggebrüllt hat. Diese Bude ist eine Rarität. **Wir glauben, die Hundehütte des Herrn Reinsberger wird besser in Ordnung sein!** In dieser Bude haben alle Witterungseinflüsse ungehindert Zutritt. Platz gewährt sie höchstens 20 Mann, die andern mögen zusehen, wo sie Unterkommen finden. Sie sind gezwungen, ihre Mahlzeiten im Freien zu verzehren. Wird ein Arbeiter krank infolge der herrschenden Schinderei und dadurch, daß er sich nicht einmal unterstellen kann, und kommt er auf die Krankenkasse, so muß er, wie schon geschehen, schließlich erfahren, daß er garnicht als Mitglied angemeldet ist. Alle diese geschilderten Zustände bedürfen einer sofortigen Abhilfe. Das kann nur geschehen, wenn sich die dort Arbeitenden **organisieren und fest zusammenstehen. Darum hinein in die Gewerkschaft und aktiv mitgearbeitet!**

Worauf kommt es bei der Berichterstattung im „Klassenkampf" an?

Wiederholt haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß die Berichterstattung im „Klassenkampf" in keinem auch noch so kleinen Punkte den Tatsachen entgegenstehen darf und daß der Sinn der Berichterstattung nur die Politisierung und Aufrüttelung der Arbeitermassen sein kann. Heute erhalten wir unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes zwei Berichtigungen des Artikels im „Klassenkampf" Nr. 206 vom 19. 9. 25, **„Aus der Mitteldeutschen Zigarettenfabrik Halle a. d. S.",** die deutlich bekunden, wie notwendig die Aufklärungsarbeit unserer Leser und Genossen gerade unter den Arbeiterinnen ist, die indes zugeben, daß **die Arbeiterinnen unerhört niedrige Löhne** (20 bis 25 Mark pro Woche) **arbeiten.** Uns wurden folgende

Berichtigungen

zugestellt:

1. „Die angeblichen Aeußerungen eines der Vorstandsmitglieder gegenüber den entlassenen Arbeiterinnen sind unwahr. Die gesamte Belegschaft des Arbeitssaales kann bezeugen, daß abfällige Worte nie gefallen sind. Die sieben Arbeiterinnen, die teils von der Direktion wieder eingestellt wurden, konnten ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen, da die Arbeiterinnen des Betriebes sich infolge verleumderischer Aeußerungen gegen die Einstellung dieser Arbeiterinnen wehrten.

Die Direktion der Mitteldeutschen Zigarettenfabrik A.-G. Halle (S.)
Armbruch.
Für die Belegschaft: Ballin. Dießner."

2. „Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir um Aufnahme nachstehender Berichtigung des Artikels in Ihrer Zeitung Nr. 206 vom 9. 9. 25. „Aus der Mitteldeutschen Zigarettenfabrik A.-G. Halle, Magdeburger Straße 27"

1. Daß kein Betriebsrat besteht, ist unwahr.

2. Die Arbeitszeit von 6 bis 10 Uhr setzt sich aus zwei Schichten zusammen.

3. Die Behauptung, es werden nur 24 Pf. Stundenlohn bezahlt, ist unwahr. Durchschnittlich werden 30 Pf. Stundenlohn gezahlt.

4. Die Akkordsätze sind so bemessen, daß die Packerinnen bei normaler Arbeitszeit mindestens 20 bis 25 Mk. verdienen.

5. Die betreffenden sieben Arbeiterinnen sind, ohne den Betriebsrat anzuhören, fortgelaufen, dann aber nachträglich zum Teil von der Direktion eingestellt, bis auf diejenigen Arbeiterinnen, die laut Beschluß der Belegschaft nicht wieder eingestellt werden sollen.

Der Betriebsrat: Friedrich, Schönemann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250929-13/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Vorläufig keine Mieteerhöhung

Unter dieser vielsagenden Ueberschrift gibt der Amtliche Preußische Pressedienst bekannt, daß in der gesetzlichen Miete bis auf weiteres keine Aenderung eintritt, d. h. es verbleibt bei den Septembersätzen in Höhe von 82 bzw. 78 Prozent. Wenn die preußische Staatsregierung beschlossen hat, bis auf weiteres von der Erhöhung der Miete abzusehen, so ist sie bei diesem Entschluß von der Erwägung ausgegangen, die Preissenkungsaktion der Reichsregierung im gegenwärtigen Augenblick nicht zu erschweren.

•

Unser Bruderorgan, die „Rote Fahne", schreibt hierzu, daß die Preissenkungsaktion für diese vorläufigen Maßnahmen keineswegs ausschlaggebend gewesen sei, wohl aber die Berliner Stadtverordnetenwahlen, die vor der Tür stehen, und während der man die Proletarier von Regierungsseite nicht zum Narren machen will. Um so früher wird nacher die Teuerungsschraube angezogen werden und die Mieten werden, wie von Reichsregierungsseite längst festgelegt, nur zu bald den Stand erreicht haben, den sich die Hausbesitzer wünschen.

Rette Geschäftsleute, die von Arbeitergroschen leben

(Arbeiterkorrespondenz)

Wir hatten unsere Werbemarken vom RFB. auch bei den Geschäftsleuten in Trotha verkauft; alle nahmen 5 bis 10 Stück. Nur bei einigen stießen wir auf heftigen Widerstand; es waren ja auch Stahlhelmer. Der eine, der Kaufmann Louis Büchner, wohnhaft Trothaer Straße, sagte zu uns: „Da kann eine Organisation kommen wie sie will, von dieser Seite gibt er nichts." Nur für den Kriegerverein hat er Geld übrig. Ein anderer ist der Kaufmann Friedrich Küprich, wohnhaft Brachwitzer Straße 5. Der junge Herr sagte, für diese Organisation habe er keinen Pfennig übrig. Aber die Arbeiter können ihre sauer verdienten Groschen bei ihm umsetzen, damit er sich auf die Bärenhaut legen kann und sie auslachen, wenn sie zur Arbeit gehen.

Arbeiter von Trotha, es wird nun die höchste Zeit, Eure Lebensmitteleinkäufe im Konsumverein zu decken.

Mit Rot-Front! Ein Kamerad der 19. Abteilung.

Ein merkwürdiger Zivilprozeß

Von einem Leser des „Klassenkampf" wird uns geschrieben:

Kommt da ein wegen Betruges schwer vorbestrafter Versicherungsagent, mit Schulden beladen, zugesogen, betreibt ein Kino, verwickelt sich in Verbindlichkeiten, wofür dann seine Ehefrau den Offenbarungseid leisten durfte, läßt gegen sich wiederholt Haft zur Erzwingung des Offenbarungseides anordnen und macht schließlich ein „Verlagsbureau" auf, in welchem er auch eine Zeitung von kurzem Bestand herausgibt. Zum Inseratenfang erklärt er mündlich wie auch schriftlich, daß seine Zeitung in zwei Exemplaren in der Straßenbahn aushänge und in allen namhaften Hotels, Restaurants und Cafés in jedem Zimmer ankommender Fremder verteilt werde. Der Straßenbahn-Aushang ist ihm schon nach kurzer Zeit verboten worden, für Aushang in der Ueberlandbahn blieb er alles schuldig und die Verbreitung in Zimmern ankommender Fremder unterblieb; auch hatte sich kein namhafter Hotelier usw. diesbezüglich verpflichtet.

Eines Tages hörte und sah man überhaupt nichts mehr; der erste Jahrgang, kaum erblüht, war schon erloschen. Geraume Zeit später wurden die Inserenten mit dicken Insertionsrechnungen ohne Belege beglückt. In einem uns bekannten Falle ließ es ein Inserent auf die Klage ankommen, in welcher er die Einrede machte, daß der Kläger seine Aufstellungen abgegebener Verpflichtungen nicht erfüllt habe. Der § 157 BGB. lautet wörtlich: „Verträge sind so auszulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern." Anm. zu § 157 Verkehrssitte: Handels-Usancen, Bräuche-Gebräuche. Handelsverkehrsbrauch. Treu und Glauben: Hinterlist, Umgehung der Vertragspflicht, zweideutiges Verhalten zum Nachteil des anderen ist verboten. Der § 320 BGB.: „Wer aus einem gegenseitigen Vertrage verpflichtet ist, kann die ihm obliegende Leistung bis zur Bewirkung der Gegenleistung verweigern usw." Anm. zu § 320: Wer aus einem gegenseitigen Vertrag belangt wird, hat die Einrede, daß der andere nicht erfüllt habe oder nicht richtig oder nicht vollständig erfüllt habe. Der Kläger muß beweisen, daß er seinerseits seinen Verpflichtungen nachgekommen ist.

Man hätte nun wohl erwarten dürfen, daß sich das Gericht, nach dem Gesetz und der allgemeinen Usblichkeit richtend, den Kläger hätte beweisen lassen, daß er seinerseits seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, — doch weit gefehlt. Ein gerichtlicher Beweisschluß kam zustande, darin wird anstatt der Kläger der Beklagte (!) beweispflichtig gemacht, für jeden von ihm zu benennenden Zeugen (vorläufig etwa 10) soll er 5 Mk. Kostenvorschuß bis zu einem bestimmten Termin, der dann hinter seinem Rücken gerichtlicherseits ohne seine Verständigung (!) abgeändert wurde — bezahlen. Natürlich hat der Beklagte diesen „Vorschuß" nicht aus Bem gebunden; einmal weil er vom skrupelosen Gegner nie etwas zurückerhalten kann, das andere Mal weil er gesetzlich gar nicht beweispflichtig ist.

Beim Gericht beantragte Beklagter kostenpflichtige Klageabweisung, eventuell Abwendung der vorläufigen Vollstreckbarkeit durch Hinterlegung, Sicherheitsleistung des Klägers für eventuelle Zeugenvernehmung, wenigstens aber denselben durch Eid beweispflichtig zu machen. Doch der Richter verlangte den Beweiskostenvorschuß vom Beklagten und ließ abwesend sich auf nichts weiter ein, mit dem Bemerken: „Urteilsverkündung am 6. Oktober." Wie diese ausfallen wird, kann man sich nach dem Vorspiel denken; wir werden noch darauf zurückkommen. Das Bedauerliche ist nur, daß zur Berufungsinstanz dem Berufungskläger eo ipso Kosten erwachsen, die sein Gegner nie ersetzen kann und wird. Eigentlich wäre das Material für den Staatsanwalt, vorausgesetzt, daß er sich dafür interessiert.

Tuberkulosenbekämpfung in Theorie und Praxis

Was ist beim Zusammenwohnen mit Lungenkranken zu beachten?

Von der Fürsorgestelle des Ortsvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose wird uns geschrieben:

Als Ansteckendtuberkulöse bezeichnen wir die Lungenkranken, die Bazillen entleeren; als Ansteckungsfähige diejenigen, von denen zu erwarten ist, daß dies in absehbarer Zeit geschieht. Dabei wissen wir, daß vor allem feuchte Katarrhe, also das, was man gemeinhin als Erkältung bezeichnet, die Ansteckungsgefahr für die Umgebung erhöhen.

Zur Abwehr der Ansteckungsgefahr durch diese Kranken bedarf es zuerst ihrer gründlichen Belehrung und der ihrer Umgebung. Sie geschieht durch die Fürsorgerin der Tuberkulose fürsorgestelle, vor allem aber durch den behandelnden Arzt. Die Belehrung bezieht sich auf den Umgang mit Auswurf, das Verhalten beim Husten, die Erklärung über das Zustandekommen der Ansteckung und auf die sich daraus im einzelnen Fall ergebende Verhütungsfürsorge.

Die Tuberkelbazillen gelangen in den Körper des Gesunden: 1. durch Einatmen der vom Kranken beim Husten, Niesen oder Sprechen versprühten bazillenhaltigen Tröpfchen; 2. durch Einatmen von bazillenhaltigem Staub, sowie 3. durch Verschlucken von verschmiertem Auswurf, Tröpfchen oder Staub. Die Unschädlichmachung des Auswurfs geschieht durch sein Entleeren in mit Wasser oder Desinfektionsmittel gefüllte Gefäße (Spucktassen) bei bettlägerigen Kranken, bei umhergehenden durch Benutzung einer Spuckflasche. Der Auswurf kann in den Ausguß (kräftig nachspülen) entleert werden. Reinigung der Spuckgefäße mit heißem Wasser! Zur Desinfektion benutzt man am zweckmäßigsten Allahsol, Parmetol oder Chloramin in 5prozentiger Stärke. Gebrauchsanweisung in der Fürsorgestelle erhältlich.

Taschentücher und Bettwäsche werden zweckmäßig in dem nach innen gewendeten Kopfkissen des Kranken gesammelt, um später durch Kochen der Wäsche und Plätten entseucht zu werden.

Der Kranke soll die Beseitigung des Auswurfs und die Reinigung der Spuckgefäße so lange als irgendmöglich selbst besorgen. Danach muß er sich selbstund die Stelle, an der die Reinigung vorgenommen wurde, gründlich säubern. **Auf keinen Fall darf diese Arbeit einem Kinde übertragen werden.**

Die Tröpfchenansteckung läßt sich vermeiden oder wirkt nur ansteckend, wenn der Gesunde sich in der Mitte des Streukegels befindet und gleichzeitig so nahe bei dem Kranken, daß die Entfernung geringer als 1 Meter ist. Daher lautet die Vorschrift: **„Beim Hustenstoß armweiten Abstand vom Gesunden, Kopf zur Seite wenden, Hand vor den Mund."**

Ansteckungen durch Sprechen kommen meistens nur dort zustande, wo kranke Erwachsene Kinder auf den Schoß nehmen, um sie zu beruhigen, sie zu belehren oder ihnen etwas vorzusingen.

Quellen für die Staubansteckung sind: 1. vertrockneter Auswurf; 2. vertrocknete Hustentröpfchen am Boden und an anderen Gegenständen, vor allem an Möbeln; 3. vertrockneter Auswurf und Hustentröpfchen an Stoffen (Taschentuch, Anzug, Kopfkissen, Bettdecke.) Naturgemäß haben die Hustentröpfchen die größte Dichte und die mässigste Möglichkeit der Verbreitung in der unmittelbaren Nähe des Kranken. Besonders gefährlich ist daher die Gegend von Fußboden, Tisch und sonst in seiner Nähe befindlichen Gegenständen. Hier ist nach Eintrocknen der Hustentröpfchen die Gefahr am größten. Da das Sonnenlicht schon innerhalb einer Stunde, das Tageslicht allerdings je nach seiner Stärke erst nach 2 bis 10 Tagen die Tuberkelbazillen unschädlich macht und abtötet, so kann die Gefahr bei Einwirkungsmöglichkeit des Lichtes dadurch erheblich verringert werden. Es ist daher unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß den Kranken durch Bewohnen der sonnigsten Ecke (in den dumpfen Proletarierwohnungen! D. Red.) es möglich ist, sich der meisten Wirksamkeiten beim Aufenthalt im Hause auszusetzen. Er muß stets dazu angehalten werden, die schützende Wirkung des Tageslichts für seine Umgebung nutzbar zu machen.

Die Gefahr ist naturgemäß am größten, je näher sich der Atmende dem Fußboden befindet (also Kleinkinder, Kriechkinder insonderheit!). Denn die Staubwolken erheben sich durch Türöffnen, durch Zug, wehende Kleider gewöhnlich nur zu einer gewissen Höhe, am ehesten zu der, in der das Kind zu atmen gewöhnt ist.

Besonders gefährlich ist die Bildung flugfähigen Staubes von Auswurfteilen und Hustentröpfchen, die an Stoffen, Webwaren haften, also am Bettzeug, Anzug, Taschentuch usw., weil dieser Staub besonders lange schwebt.

Die Eintrittspforte für die Schmieranstecknng ist zumeist der Magen-Darmkanal. Von gröberen Ansteckungsmöglichkeiten, die in solchen Massenübertragungen ihre Ursache haben können, seien genannt: 1. Das Zusammenschlafen von Kranken und Gesunden in einem Bett; 2. die Benutzung eines verunreinigten Taschentuches zur Reinigung von Mund und Nase bei Kindern; 3. das Küssen; 4. Benutzung des vom Kranken benutzten ungereinigten Eß- und Trinkgeschirrs; 5. Vorkauen der Speisen und Anfeuchten des Schnullers mit dem Munde.

Wie der Kranke die Umgebung und diese sich selber vor Uebertragung mit Tuberkulose schützt, wird im nächsten Aufsatz behandelt werden.

In der Fürsorgestelle des Ortsvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose, Salzgrafenstraße 1, werden hallische Einwohner fachärztlich auf Tuberkulose untersucht. Wer bereits in ärztlicher Behandlung steht, bedarf der Ueberweisung des behandelnden Arztes. Anmeldungen zur ärztlichen Sprechstunde täglich, außer Sonnabends, nachmittags von 3½ bis 5½ Uhr.

Bestrafte Lungenkranke können kreppieren

Aus den Ausführungen der hallischen Fürsorgestelle zur Bekämpfung der Tuberkulose geht deutlich hervor, wie wesentlich es ist, jede Ansteckungsmöglichkeit zu vermeiden. Die wichtigste Vorbedingung ist dazu natürlich die Heilbehandlung der Tuberkulosekranken, denn es kommt darauf an, daß der Ansteckungsherd, das heißt die Krankheit selbst, verschwinden soll.

Wie sieht nun diese Tuberkulosebekämpfung in der Praxis aus? Davon gibt die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt ein Bild, die unterm 18. September d. J. an einen Arbeiter folgendes Schreiben richtete:

„Zum Schreiben vom 3. d. M. betr. Ihrer Heilbehandlung.

Wir sind nicht in der Lage, das Heilverfahren zu übernehmen, weil Sie mehrfach bestraft worden sind.

Den anliegenden Zettel betreffend Desinfektion bitten wir zu beachten."

Es soll davon abgesehen werden, daß der betreffende Arbeiter, dem dieses außerordentlich humane Schriftstück zugegangen ist, von allen seinen Strafen, die politisch sind, amnestiert wurde, so daß also die Verurteilung auch rein aktenmäßig in jedem Fall erloschen ist, die Vorstrafen also gar nicht mitgezählt werden können. Es muß hier wieder einmal eine — milde ausgedrückt — Indiskretion der Justizbehörden vorliegen, denn wie könnte die Landesversicherungsanstalt zur Kenntnis dieser gesetzlich gar nicht mehr zählenden Strafen kommen?

Aber es kommt im Grunde nicht darauf an, ob die Strafen amnestiert worden sind oder nicht, es kommt auch nicht darauf an, ob der Arbeiter vorbestraft ist oder nicht, es kommt lediglich darauf an, ob der Antragsteller krank und ansteckungsfähig ist, und das trifft in jedem Falle zu. Die Landesversicherungsanstalt muß es selbst eingestehen, und sie tut es, indem sie ihrem zur Heilbehandlung ablehnenden Bescheid folgenden Zettel beilegt:

„Falls von irgendeiner Seite — Orts- oder Polizeibehörde, Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke oder dergl. — eine Desinfektion Ihrer Wohnung für erforderlich gehalten werden sollte, ersuchen wir dringend, ihr keine Hindernisse in den Weg zu legen, da die Desinfektion lediglich im Interesse der Bekämpfung der Tuberkulose und zum Schutze gegen Ansteckung erfolgt."

Diese Aufforderung, eine Desinfektion der Wohnung vornehmen zu lassen, ist der beste Beweis für den hohen Krankheitsgrad des Arbeiters, aber wenn einer Kommunist ist und im Gefängnis gesessen hat, dann darf er ruhig an der Schwindsucht krepieren. Das und nichts anderes sagt der Bescheid, daß das Heilverfahren nicht übernommen werden könne. Größere Unverschämtheit von einer Sozialversicherung kann kaum gedacht werden. Eine schärfere Klasseneinstellung, wie sie sich hier zeigt, kann kaum überboten werden. Und da will man von der Neutralität der medizinischen Wissenschaft und von der demokratischen Verfassung reden, vor deren Gesetzen alle gleich seien? Dieser Vorfall paßt so recht in die jetzige Situation, und er soll die Arbeiterschaft belehren, daß sie immer und überall den Unterschied sehen müssen zwischen der Theorie der bürgerlichen Institutionen, die in Menschenliebe machen; und der Praxis, mit der sie diese „Menschenliebe" durchführen.

*

Streit zwischen Deltischer Krankenkasse und hallischen Apothekern — Die Arbeiter sind die Leidtragenden

Ein Arbeiter berichtet uns:

Seit längerer Zeit bin ich krank, so daß ich meine Arbeit öfters unterbrechen muß. Da ich in Halle arbeite, bin ich bei einem hallischen Arzt in Behandlung. Nun arbeite ich jedoch in Landsberg und gehöre daher der Deltischer Ortskrankenkasse an. Meine Rezepte wurden bisher stets in den hallischen Apotheken erledigt. Jetzt weigern sich diese auf Beschluß sämtlicher Apotheker jedoch, den Patienten, die in Halle wohnen, aber der Deltischer Krankenkasse angehören, Medizin usw. auszuhändigen, weil die Deltischer Krankenkasse schon längere Zeit nicht die ihnen für diese Medikamente zugesandten Rechnungen bezahlt.

*

Hier liegt zweifellos ein Verschulden der Apotheker vor, denn falls die Deltischer Ortskrankenkasse die Rechnungen nicht bezahlt, kann sie von den Apothekern verklagt werden. Diese dürfen aber unter keinen Umständen die Abgabe von Medikamenten an Kassenmitglieder verweigern. Es ist ein Skandal, daß bei dem Streit zwischen zwei Instanzen die proletarischen Kranken die Leidtragenden sein sollen. Hier muß unbedingt für Abhilfe gesorgt werden.

Der Provinzverband Sachsen des Verbandes der Hilfsschulen Deutschlands hält am 13. Oktober d. Js., 9 Uhr vormittags, in Halle a. S., Stadtschützenhaus (Roter Saal) seine erste Tagung ab. Es werden sprechen: Geh. Prof. Dr. Ziehen über die Möglichkeit der erziehlichen Beeinflussung Schwachbegabter nach der Schulentlassung, Stadtmedizinalrat Dr. Schnell über Hygiene der schwachbegabten Schulentlassenen und Hilfsschulrektor Breitbarth über Mittel und Wege zur zweckmäßigen Eingliederung Schwachbegabter in das Wirtschaftsleben.

Vergeßt nicht,

daß am 29. November die Provinzial-Landtagswahlen stattfinden.

Die Wählerlisten

liegen zu diesem Zweck vorläufig nur bis zum 3. Oktober aus. Es ist Pflicht jedes wahlberechtigten Arbeiters, die Wählerlisten

einzusehen.

Nur, wer in der Wählerliste verzeichnet ist, kann sein Wahlrecht ausüben. Wer es nicht tut, verhilft den Bürgerlichen zu einem Sieg.

Theater und Konzerte

Das I. städtische Sinfoniekonzert

Der Streit zwischen der Philharmonie und Generalmusikdirektor Bazo um die Sinfoniekonzerte hat damit geendet, daß die Philharmonie sich vom städtischen Orchester freigemacht hat, das nun ausschließlich dem Generalmusikdirektor zur Verfügung steht. Die Orchesterlösung, die die Philharmonie gefunden hat, indem sie neben den Allenburgern die Berliner Philharmoniker, Dresdener und Leipziger heranzieht, ist ebenso großzügig, wie sie neben dem unbezweifelbaren Bemühen um Qualität die Neigung zu einem gewissen Snobismus deutlich werden läßt. Die Preise für die philharmonischen Konzerte schaffen ihnen eine gesellschaftliche Exklusivität, die wahrscheinlich auch hier wie überall mit der geistigen nicht Hand in Hand gehen wird. Dagegen ist es anerkennenswert, daß die städtischen Sinfoniekonzerte mit ihren zum Teil erstaunlich niedrigen Preisen allen Schichten zugänglich sind. Es bliebe nur zu wünschen, daß ihr Leiter eine Persönlichkeit wäre, die auch so umfassend und in die Breite zu wirken vermöchte. Aber weder seine Tätigkeit in der letztverflossenen Opernspielzeit noch das erste Sinfoniekonzert unter ihm deutet darauf hin. Das Programm war ohne durchschlagende Idee, ohne große Linie zusammengestellt. Es brachte zu vielerlei. Die trotzdem fühlbare Einheit darin stützte sich rein auf die ganz persönliche musikalische Neigung des Dirigenten; sie war nicht von allgemeiner Bedeutung. Es begann — eine der üblichen sinnigen Ideen Bands — mit der „Weihe des Hauses" von Beethoven. Natürlich, was Sauberkeit und Klarheit betrifft, mit allen Vorzügen Bandscher Dirigentenkunst. Aber sehr charakteristisch in der Einstellung auf die historische Färbung und in dem Mangel an spontaner, schöpferischer Kraft. Ebensowenig an unmittelbarem Erlebnis gaben die beiden Arien für Bariton mit Orchester von Mozart. So bekam denn das Bekenntnis aus den Ghasolen von Othmar Schoeck: „Unser ist das Los der Epigonen" eine eigene beziehungsreiche Bedeutung. In der Tat ist diese Art Musikpflege im höchsten Grade epigonenhaft: „Seht, wie ihr noch einen Tropfen presset aus den alten Schalen der Zitronen." Mit „mäßig noch vorhandenem Geistigen" wird eine familiäre ästhetische Beschaulichkeit erzeugt, die nichts von Impuls, nichts von den Kräften dieser Zeit in sich hat, die vielleicht das Gesicht eines ganzen Jahrhunderts bestimmen wird. Kritisch genommen sind die Ghasolen überaus feinzelnd durch die kühne und geistreiche instrumentale Wendung mit ihrer starken Farbigkeit, zuweilen hinreißend in einer süßen Tönung und faszinierend in der Charakteristik, vor allem des ironisch Grotesken. Aber sie sind im ganzen zu illustrativ, zu gefühlssinnlich und zu lieblich, als daß sie auf eine im Menschlichen starke und aus Natur entwicklungsfähige Begabung schließen ließen. Die instrumentale Wiedergabe war des höchsten Lobes würdig. Zuletzt feierte Herr Band noch ein Familienfest: nachträglich den fünfzigsten Geburtstag von Richard Metz, einem Kapellmeister aus Erfurt, durch Aufführung seiner Ersten Sinfonie C-moll. Auch hier galt: „Unser ist das Los der Epigonen". Nicht immer ist Kapellmeistermusik so menschlich sympathisch und innerlich anständig. Aber leider meist so farblos und dünn. Der Solist: Heinrich Rehkamper (Bariton), München, hat nicht eben etwas Wesentliches. Band und er beglückwünschten sich mit festverschlungenen Händen. Herr Band liebt nun einmal solch populäres Betun. K.

Thalia-Theater

„Jugendfreund:" von Ludwig Fulda

Natürlich heiratet die arme Stenotypistin den reichen Junggesellen. Die lustspielhaften Verwicklungen, die's sonst gab: Kolportage — Kolportage. So spielte man auch am Sonntag im Thalia-Theater die „Jugendfreunde". Und das war eine herzhafte Leistung. Ueberall ein bißchen dick aufgetragen, ein wenig übertrieben, da konnte man den Fulda eben genießen. Es gab ein besonders glückliches Zusammenspiel dabei: die vier Junggesellen, Alfred Haller, Fritz Henzel, Walter Raupach und Jutz Scheu, und die drei Ehefrauen, von denen jede besonderes Gepräge bürgerlichen Charakters abgab. Anneliese Johow mit Hamburger Patriziertimme und — Hochnäsigkeit, Ortrud Wagner als Wiener Zimmervermieter-Tochter und Loi Hein, die auf dem Lande aufgewachsen ist, aber nichtsdestoweniger alles andere als ein Unschuldslamm war. Luise Sessing war die arme aber entzückende Stenotypistin. Nur die Kolportage kann uns retten. O.

Volksbühne. Die nächsten Spieltage für das erste Werk der ersten Reihe sind folgende: Spielgemeinde D am 30. September „Heilige Johanna". Für die zweite Spielreihe, und zwar Spielgemeinde J, am 3. Oktober „Judith" und für Spielgemeinde L am 12. Oktober ebenfalls „Judith". Einlösungstermin für L vom 26. September bis 5. Oktober. — Als zweites Werk der ersten Reihe wird gegeben: „Glöckchen des Eremiten", und zwar für Spielgemeinde U am 17. Oktober, und für B am 24. Oktober. Für Spielgemeinde C am 21. Oktober „Nickel und die 36 Gerechten". Der Spieltag für D wird noch bekanntgegeben. Einlösungstermine: Für A vom 26. September bis 9. Oktober; für B vom 26. September bis 14. Oktober; für C vom 25. September bis 12. Oktober. — Als zweites Werk der zweiten Reihe für die Spielgemeinde G „Judith", und zwar am 10. Oktober. Für H und J „Tannhäuser", und zwar für H am 5. Oktober und für J am 28. Oktober. Der Spieltag für L wird noch bekanntgegeben. Einlösungstermine: Für G vom 26. September bis 3. Oktober; für H vom 26. bis 30. September, und für J vom 26. September bis 15. Oktober. — Für die Kammerspiele im Thalia-Theater werden laufend Anmeldungen entgegengenommen, ebenfalls für die Aufführungen im Stadttheater. Die Geschäftsstelle Brüderstraße 14 (Telephon 3479) ist täglich von 9 bis 1½ Uhr und von 3 bis 5 Uhr geöffnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250929-13/fragment/page=0006

Hallische Tageschronik

Linie 1 fährt bis Getraudenfriedhof

Gestern fand seitens der Behörde die technische Abnahme der erweiterten Anlage an der äußeren Dessauer Straße statt. Da Beanstandungen nicht erfolgt sind, wird der Betrieb der Linie 1. am 28. September bis Gertraudenfriedhof durchgeführt.

Die Bewilligung des Armenrechts

Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, ersucht der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, ersucht nunmehr der Justizminister in einer allgemeinen Verfügung (l. 1702) die Justizbehörden, bei der Behandlung der Armenrechtsgesuche der Frage, ob die Bedürftigkeit des Antragstellers ausreichend dargelegt ist, besondere Sorgfalt zuzuwenden. Insbesondere ist von den Beamten, welche Armenrechtsgesuche zu Protokoll aufnehmen, bei dieser Gelegenheit aufmerksam zu prüfen, ob die vorgelegten Zeugnisse ein deutliches und vollständiges Bild der für die Prüfung des Unvermögens in Betracht kommenden Verhältnisse ergeben und erforderlichenfalls durch Befragung der Antragsteller auf die Beseitigung von Unklarheiten oder auf die Ergänzung unvollständiger Angaben hinzuwirken.

•

Das heißt, den Kreis der Unterstützten noch enger ziehen und gerade jetzt zum Winter — angeblich aus bureaukratischen Gründen — die Zahl der völlig Verelendenden in in ungeheurem Maße zu erhöhen.

DWB.-Fraktion

Am Mittwoch, dem 30. September, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft wichtige

Fraktionssitzung.

Alle kommunistischen Metallarbeiter müssen erscheinen.

* **Die Distriktsführer** von nachstehenden Distrikten werden ersucht, bis Donnerstag, den 1. Oktober 1925, die Quartiersscheine zum Jung-Spartakus-Tag abzuliefern. Distrikt: 3, 4, 5, 6, 7, 7a, 9a, 11, 12, 13, 13a, 17, 18, 20, 21, 22.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Bezirk Halle-Merseburg

Die Bezirksleitung des KJVD., Bezirk Halle-Merseburg, beruft für **Sonntag, den 4. Oktober,** vormittags 10 Uhr, nach **Halle** („Volkspark") eine

Bezirkskonferenz

mit folgender Tagesordnung ein:

1. **Die politische Lage und der Brief des EKKI.** (Referent ein Vertreter der Zentrale);
2. **Bericht der Bezirksleitung und unsere nächsten Arbeiten** (Referent: Genosse Karl);
3. **Verbandskongreß und Wahl der Delegierten;**
4. **Wahlen — Anträge — Verschiedenes.**

Alle Gruppen und Zellen haben in ihren Versammlungen zu der Tagesordnung Stellung zu nehmen und Delegierte zu entsenden.

Der **Delegierten-Modus** ist: auf die ersten 50 Mitglieder entfallen zwei Delegierte, auf je weitere 50 Mitglieder ein Delegierter. Jede Gruppe ist in der Lage, zwei Delegierte zu entsenden, die einen gestempelten Delegiertenausweis der Ortsgruppe mitbringen müssen.

Außerdem können **Gäste** an der Konferenz teilnehmen.

Anträge zum Bezirks- oder Verbandskongreß müssen bis zum 2. Oktober an die BL. eingesandt werden, damit sie im „Klassenkampf" veröffentlicht werden können.

Wegen der Wichtigkeit dieser Konferenz müssen alle Gruppen erscheinen.

Die Bezirksleitung des KJVD.,
Bezirk Halle-Merseburg.

•

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heute, Dienstag, abend 8 Uhr: Beteiligung an der öffentlichen Versammlung der Rußland-Berichterstattung im „Volkspark".

Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr: Funktionärsitzung in der Produktiv-Genossenschaft. Jeder Funktionär hat unbedingt zu erscheinen.

Für Musikspieler: Uebungsstunde.

Freitag 8 Uhr: Gruppenabend in der Produktiv-Genossenschaft.

Wuchtiger Aufmarsch der roten Front in Merseburg

Wohl in keinem Ort in ganz Mitteldeutschland sind bei einem Roten Tag solche Schwierigkeiten zu überwinden gewesen, wie gerade in **Merseburg.** Viele Einwohner bekämpfen mit allen Mitteln das ihnen so verhaßte Rot. Die **„Antirote Front"** beginnt beim Regierungspräsidenten **Grützner** und endet schließlich bei den vielen verschiedenen **Hausbesitzern,** die ihren Mietern das Schmücken der Häuser verbieten. Selbstverständlich sind alle **behördlichen Instanzen** unter Grützner ebenfalls der „antiroten Front" angegliedert. Besonders der **Merseburger Magistrat** ist dabei zu erwähnen. Er leistete sich sogar noch in letzter Stunde ein Bravoursiückchen. Schon vorher hatte er die Anträge des Festausschusses, das Zeltestellen auf dem Nulandsplatz und das Errichten von Ehrenpforten in den Straßen, abgelehnt. Drei Tage vor dem Fest ließ dieser, „vom Volke gewählte" Magistrat, mitteilen, daß von der Stadt kein Strom geliefert werden könne zur Beleuchtung des Festzeltes, weil die Veranstaltung politischen Zwecken diene.

Man kann hier nur sagen, daß der Magistrat Merseburgs entweder **furchtbar naiv** oder **stockreaktionär** ist. Trifft das erstere zu, so weiß er nicht, daß die schwarzweißroten und schwarzrotgoldenen Aufmärsche politische Veranstaltungen sind. Nehmen wir das zweite an, so muß **die Merseburger Arbeiterschaft zu gegebener Zeit diesem Magistrat die Quittung überweisen.** Erklärlich ist die Handlungsweise aller Feinde der roten Front aber doch, und zwar aus der Angst, **der Angst vor dem Massenantritt der Arbeiterbataillone.** Sie glaubten, daß in der traurigen Rabenstadt, wo Dummheit und Stolz so üppig gedeihen, eine Schlacht geschlagen werden solle. Und deshalb erließ Herr Grützner das **Stockverbot.**

An die Landräte und Polizeiverwaltungen verfügte der besagte Herr Regierungspräsident einen längeren Ukas, in dem er, gestützt auf den Paragraphen 11 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 verbietet, daß jemand bewaffnet an öffentlichen Umzügen und Versammlungen teilnimmt. Herr Grützner betrachtete die harmlosen Gebilde der Frontkämpfer als „Waffen"; denn sie können nach seiner Meinung mit dem Willen des Trägers im Einzelfalle dazu benützt werden, sei es im Angriff, sei es in der Verteidigung. Die übereifrigen Polizeiverwaltungen gingen sofort dazu über, den Erlaß an die „richtigen Stellen" der roten Front zu bringen. Der Oberdemokrat und Bürgermeister **Hertzog** sah sich veranlaßt, zum Schreiben Grützners noch eine Widmung zu verfassen und darauf hinzuweisen, daß durch **Gewalttätigkeiten,** die nicht die roten Frontkämpfer, anscheinend aber die Polizeiorgane wollen, der revolutionäre Gedanke schwerlich an Beweiskraft gewänne. Wir fragen, ob Herr Hertzog solche kühne Schreiben auch an die nationalen Rowdys, Stahlhelm, Jungdo usw. zu schreiben wagt. Wahrscheinlich wird es dort der gute Mann bleiben lassen. Einem Arbeiter glaubt man eben allerhand bieten zu können. Das geht klar aus dem Schreiben hervor, das man an „anrüchige" Kommunisten versandte. Frech adressierte die Polizei unter anderen:

An die kommunistische Betriebszelle der
Firma Blancke,
z. H. des Obmanns Herrn Otto Lippold, hier,
Sand 26.

Otto **Lippold,** ein Schwertkriegsbeschädigter, der ein guter Genosse ist, der aber **niemals eine Führerrolle in der Partei** gespielt hat, ist **kein Obmann der Betriebszelle bei Blancke** und hat **nicht das geringste mit dem Stockverbot Grützners zu tun.** Lediglich gemeine Denunziationen, schnöde Lügenberichte, die von der **Merseburger Lügenzentrale** zu kommen scheinen, liegen seiner Adresse zugrunde. Aber trotz aller Maßnahmen der Feinde der roten Front wurde **der Rote Tag ein Erfolg für die revolutionäre Arbeiterschaft Merseburgs.**

Der Fackelzug

am Sonnabend eröffnete bei einbrechender Dunkelheit die Veranstaltung. Er bewegte sich **durch die Arbeiterviertel der Stadt.** Unter dan schmetternden Klängen der **Weißenfelser Roten Frontkämpfer-Kapelle,** begleitet von den Hochrufen der Merseburger Proleten, kam der Zug nach einstündigem Marsch auf dem Festplatz an. Im Nu war das große Zelt gefüllt. Nach kurzen Begrüßungsworten wickelte sich das reichhaltige Programm ohne Störung ab. Die Weißenfelser Kameraden spielten den Vierakter **„Rote Soldaten"** sehr gut. Leider beeinträchtigte das offene Zelt und die unglückliche Anlage der Bühne etwas die Wirkung der Aufführung. Gesang- und Musikstücke füllten die Pausen und trugen zur allgemeinen Begeisterung bei. Erst in späten Stunden kamen die auswärtigen Kameraden in die Quartiere.

Am Sonntag

früh nach dem **Wecken** trafen die auswärtigen Ortsgruppen ein, der Ordnerdienst klappte, die Kameraden rückten in die ihnen zugewiesenen Quartiere. Punkt 1.30 Uhr begann die **Fahnenweihe auf dem Marktplatz.** Kamerad **Koch** hieß in einer kurzen Ansprache die roten Frontkämpfer im schwarzen Merseburg willkommen. Alle Machenschaften des Magistrats und des Regierungspräsidenten konnten den Aufmarsch der Frontkämpfer nicht verhindern. Schon an den Toren der Stadt hatten die Polizeibeamten den Antommenden die Spazierstöcke abgenommen, damit durch solche „Waffen" nicht die Verfassung in Merseburg geändert wird. Genosse **Härtel** sprach im Auftrage der Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg. Er ging besonders auf die politische Situation, auf die bevorstehende Annahme des **Sicherheitspaktes** durch die Luther-Stresemann-Regierung ein. Das revolutionäre Proletariat muß auf der Hut sein, weil dieser schändliche Pakt die militärische Versklavung des deutschen Volkes bedeutet, weil er die drohende Kriegsgefahr gegen Sowjet-Rußland in sich birgt.

Dann nahm Kamerad **Richter** von der Gauleitung den Weiheakt vor. Er enthüllte das Banner der Merseburger Ortsgruppe und übergab es ihr mit der Mahnung, daß alle Kameraden das Symbol des Kampfes bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen haben. 2000 Fäuste hoben sich zum Schwur, ein schreckischer Anblick für das gaffende Spießbürgertum. Die Musik setzte ein. Aus begeisterten Kehlen erklang der Gesang „Brüder zur Sonne, zur Freiheit! Brüder, zum Lichte empor!" Ein Kommandoruf, und die Massen der roten Frontkämpfer setzten sich zur **Demonstration** in Bewegung. Ueber zwei Stunden dauerte der Umzug, an dem sich etwa 2500 Menschen beteiligten. Ueberall erschollen aus den Arbeiterhütten die **Rot-Front-Rufe** der verschüchterten Merseburger Proleten. An einzelnen Stellen der Stadt bot der **Häuserschmuck** ein farbenfreudiges Bild. Mancher Zaghafte hat sich herausgewagt auf die Straße.

Den Schluß des Zuges, an dem sich etwa 300 Frauen in roten Kopftüchern beteiligten, bildeten **die gemaßregelten Leuna-Kommunisten.** Ein mächtiges Schild: **„Trotz alledem, hoch die Leunazelle!"** erregte Freude bei all denen, die schon etwas mit dem Leuna-Zuchthaus zu tun gehabt haben.

Gegen 4 Uhr war der Festplatz erreicht. Das große Zelt konnte die Menschen nicht fassen. Die leidige Lokalfrage machte sich abermals bemerkbar. Alles in allem war der Rote Tag in Merseburg ein Erfolg, ein Sieg über die schwarzweißrote und schwarzrotgoldene Reaktion. Er war ein Auftakt zum Kräftesammeln der hiesigen Arbeiterschaft, zum festeren Zusammenschluß in der roten Front!

Kommunistische Jugend, Ammendorf

Heute, Dienstag, den 29. September, findet unsere Monatsversammlung im Restaurant „Zur Post" statt. Beginn 8 Uhr. Der wichtigen Tagesordnung halber muß alles heute abend unbedingt und pünktlich erscheinen. Material mitbringen.

Die Ortsleitung.

•

„Jung-Spartakus-Bund", Ortsgruppe Halle

Mittwoch, 7 Uhr, treffen sich alle Mandolinenspieler oder die Genossen und Genossinnen, die im Besitz einer Mandoline sind, pünktlich in der Produktiv-Genossenschaft.

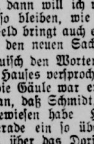
Arbeiter-Sport

Sportvereinigung Achilles v. 1890 zu Halle a. S. Handball: Achilles 2. spielte am Sonntag auf dem Minerva-Platz gegen Minerva 1. ihr fälliges Serienspiel und verlor 4:0. Achilles Sportlerinnen trugen ihr Serienspiel gegen MSC. Sportlerinnen aus. Mit 0:0 trennten sich beide Mannschaften. Auch Achilles Schüler 1. hatten am Sonntag ihre Beschäftigung. Sie trugen gegen Nietleben Schüler 1. einen Freundschaftskampf aus. Durch das zerrissene Spiel von seiten Achilles Schüler war es nicht möglich, auch nur einmal einzusenden. Auch hier mußten sich beide Mannschaften mit 0:0 trennen. — **Schwerathletik:** In der Schwerathletik war Achilles an der Ringkampfkonkurrenz im „Kalspaß", veranstaltet von Germania-Zeitersleben, beteiligt und zwar mit gutem Erfolg. Folgende Mitglieder erhielten Preise: **Jugend bis 110 Pfd.:** Willy Berger, 1. Ehrenpreis; **Fliegengewicht:** Paul Hedel, 2. Ehrenpreis; **Leichtmittelgewicht:** Felix Smarawsky, 2. Ehrenpreis; **Schwergewicht:** Karl Goldhahn, 2. Ehrenpreis. — Mittwoch, nach der Uebungsstunde, Vorstandssitzung bei Reichardt. Freitag, den 2. Oktober, findet unsere fällige Monatsversammlung statt. Die Versammlung der Sportlerinnen findet Mittwoch, den 30. September, abends 8 Uhr, bei Reichardt statt. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Sportklub Adler von 1895, Pfn. Am Sonntag, dem 27. September, vormittags 11 Uhr, standen sich auf dem Fichte-Platz Adler 1. und Atlas 1. im Serienspiel im Handball gegenüber. Adler hat Platzwahl und spielt zuerst gegen den Wind. Es entspinnt sich ein flotter Kampf, der beide Tore in Gefahr bringt, doch vermögen Verteidiger und Torwart alles zu klären. Bei einem schönen Durchspiel kann keine Partei einen weiteren Treffer anbringen. Nach dem Wechsel geht der Kampf gleich flott weiter, doch kann sich Adler im Sturm erst gar nicht zusammenfinden. Dennoch gelingt es durch gute Einzelleistung dem Mittelstürmer, ein zweites Tor zu erzielen. Doch auch Atlas bringt das gegnerische Tor in Gefahr und vermag auch bald ein Tor aufzuholen, das freilich das einzige bleiben sollte. Nun findet sich auch Adler wieder mehr zusammen und stellt durch ein drittes Tor den Sieg sicher. So endete das heiße, flotte Spiel, das nur durch den starken Wind beeinträchtigt wurde, mit 3:1 für Adler. Der Schiedsrichter war in seinen Entscheidungen einwandfrei, umsomehr, als beide Mannschaften ihm sein Amt nicht erschwerten. In einem Nachmittagsspiel auf der Peißnitz spielte Adler Schüler gegen Minervas Schüler 0:0. Trotzdem Adler nur mit 9 Mann antrat, konnten sie doch ein flottes offenes Spiel vorführen, welches nur durch den glatten Boden zuletzt etwas beeinträchtigt wurde.

Arbeiter-Wanderbund Naturfreunde, Ortsgruppe Halle. Der heutige Gruppenabend fällt aus. Dafür Beteiligung an der öffentlichen Versammlung des Einheitskomitees der Rußland-Delegation.

Sportsfreunde



Beim nächsten Bedarf von Drucksachen denkt an die Druckerei des „Klassenkampf", Halle, Lerchenfeldstr. 14; sie liefert Statuten, Programme, Mitteilungsblätter, Karten usw. schnell, gut und preiswert. Fernruf Nr. 2251

4]

Stepans Teppich

Eine Erzählung aus dem Leben der Wolgadeutschen von **Béla Illés.**
Deutsch von **Stefan J. Klein.**

Statt zu antworten, fragte Martin weiter.

„Was hast Du denn mit Deinem Haus getan?"

„Das holte der Teufel. Fürs Haus bekam ich ein Pud Pferdefleisch, für Pflug und Sense anderthalb Pud Hafermehl."

„Wer war der Käufer?"

„Johann Mayer, die Pest komme über ihn. Der holte heizeiten Mehl und Hafer aus Rostow, — sicherlich hat ihm der Teufel zugeflüstert, daß ein solches Unheil kommen wird."

„Warum wendet Ihr Euch nicht mit einer Klage ans Gericht? Wenn Ihr es verlangt, bekommt Ihr alles zurück, was Ihr auf diese Art verkauft habt. Der Sowjet duldet nicht, daß Leute so ausgeplündert werden."

Schmidt kratzte sich den Kopf, brummte etwas vor sich hin, entschloß sich dann zur Antwort.

„Freilich" — sagte er — „der Sowjet hilft den Armen. Wer aber zu Gericht geht und sein Haus zurücknimmt, der kann sich darin auch gleich aufhängen. Denn die Sache sieht so, daß man ohne Vieh das Land nicht bestellen kann, — es gab Leute, die es versucht haben, doch ernteten sie nur Sand. Und Vieh haben ausschließlich jene, die die Häuser kauften. Wenn einer mit denen anbindet, auf dessen Feld wächst nichts. Der Sowjet gibt jedem Land, hat Wort gehalten, gibt jedem Land, doch nützt einen Schmarren das Land, wenn auf ihm nichts wächst. Hälfst Du aber das gute Verhältnis mit dem Viehbauer aufrecht, so ackert er Dir das Feld auf, nimmt Dir dafür nur die Hälfte der Ernte, und die kleinere Hälfte bleibt Dir. Das ist natürlich wenig, doch steht selbst ein Narr, daß es noch immer mehr ist, als nichts. Du findest, Martin, im Dorfe keinen Menschen, der bereit wäre, zu Gericht zu gehen."

Martin konnte dieser seltsamen Erzählung nicht vollen Glauben schenken. Er fragte Schmidt aus, wer außer ihm sein Haus verkauft habe, ob die Unglücksmenschen noch leben, und wenn ja, wo er sie zu finden vermöchte. Schmidt hatte ein viel besseres Gedächtnis, als Kuttner, berichtete alles genau, und Martin hatte keine Mühe, auf Grund dieser Worte weiter zu forschen. Er suchte drei Leute auf, fragte auch sie genau aus, ging dann heim. Nun wußte er bereits, was für einem Feinde er gegenüber stehe. Bisher war es ihm etwas sonderbar erschienen, daß ihn die Partei vom Militär kommandiert habe, jetzt wiederum erschien es ihm unverständlich, warum damit so lange gewartet worden sei. Aber die Partei weiß sicherlich am besten, wann die Zeit der Umgruppierung gekommen ist.

Mittag war längst vorüber, als Martin nach Hause kam. Die Frau betete auf dem Stroh knieend. Martin störte sie nicht, setzte sich an den Tisch und wartete. Da aber die Frau mit dem Beten nicht aufhören wollte, wurde Martin schließlich des Wartens überdrüssig.

„Gibt es noch etwas zu essen, Anna?"

„Ich habe morgens für den ganzen Tag Suppe gekocht."

„Gib her, von nun an werde auch ich dafür sorgen, daß wir zu essen haben. Morgen gehe ich nach Pokrovsk, — wir werden von Kuttner Dein Haus zurückprozessieren. Willst Du?"

Die Frau nickte zustimmend, und als Martin zu essen begann, setzte auch sie sich an den Tisch und folgte mit starrem Blick Martins Handbewegungen.

3.

Als Martin hinter sich das Tor schloß, trat Kuttner sofort aus dem Gemeindehaus auf den Hof und strebte dem Stalle zu. Er blieb an der Schwelle stehen, wartete, daß der Kranke ihn grüße, ging erst dann näher.

„Na, liegst noch immer? Dir geht's gut, seitdem ein anderer für Dich das Feld bestellt und Du nur die fertige Saat abmäst, wie ein Fürst."

Schmidt wußte noch nicht, was Kuttner von ihm wollte, doch begann er Vorsicht halber gleich zu stöhnen, zählte dann der Reihe nach auf, was ihn alles schmerzte, riß und stach, vom Kopf bis zu den Füßen, aber Kuttner winkte bereits ab, noch ehe er zu der eingehenden Schilderung seiner Krankheiten übergehen konnte.

„Ich sah, Du hattest einen Gast. Was brachte Dir Martin Wagner Gutes?"

„Nichts. Er kam wegen des Hauses mit mir reden, wegen meines verkauften Hauses. Sagte, er wolle bei den städtischen Kommunisten durchsetzen, daß das Haus wieder auf meinen Namen geschrieben werde, und versprach mir auch zwei Gäule. Sagte, er werde sie für mich requirieren, wenn ich zu den Kommunisten halte."

„Zwei Gäule versprach er Dir, und ein Haus. Hm, hm, das ist wacker. Versprach er Dir vielleicht auch den Bischofshut?"

Schmidt runzelte die Stirne, als dächte er sehr angestrengt nach.

„Nein, das nicht" — sprach er unbestimmt — „zumindest entsinne ich mich nicht, daß er es getan hätte. Er wollte mir das Haus aufzwingen, und zwei Gäule. Aber freilich, ich sagte ihm gleich, was ich einmal verkauft habe, das nehme ich selbst dann nicht zurück, wenn mich darum sämtliche städtischen Kommunisten auf den Knien bitten. Nein, nein. Und wenn ich auch die Gäule nur so erhalten kann, daß ich wegen des Hauses mein Wort breche, dann will ich weder die Gäule, noch etwas anderes, dann soll alles so bleiben, wie es ist. Die beiden Kinder verdienen ja etwas, das Feld bringt auch ein wenig, — ich fang nichts neues mehr an, habe von den neuen Sachen schon genug."

Kuttner lauschte mißtrauisch den Worten des Kranken. Daß Wagner ihm die Rückgabe des Hauses versprochen habe, glaubte er Schmidt vollkommen, indessen auf die Gäule war er der Sache nicht sicher, aber als ganz sicher nahm er an, daß Schmidt, der Schurke, die ihm angebotene Hilfe nicht zurückgewiesen habe. Hätte doch der Teufel diesen Wagner geholt! Daß gerade ein so überflüssiger Mensch aus dem Krieg zurückkommen muß, über das Dorf Unheil bringend. Und in was für einer schönen Ordnung doch alles war. Bei der letzten Wahl war er zusammen mit acht anderen Bauern einstimmig in den Dorfrat gewählt worden. Lauter nüchterne Männer, Besitzer von vier Gäulen und zwei Kühen. Auch die Aufteilung des Bodens war in bester Ordnung, und auch die Sache mit den Häusern ruhte. Die vielen erbärmlichen Kerle waren ja noch froh, wenn die Viehbauern sich ihrer erbarmten und ihnen für die Hälfte der Ernte den zugeteilten Boden aufackerten. Alles war auf dem besten Wege — und jetzt . . . Kuttner wußte natürlich ganz gut, daß es nicht leicht sein würde, mit Wagner fertig zu werden, denn diese Kommunisten sind so, daß wenn einer den Mund aufmacht, alle auf ihn lauschen, — holte sie doch alle der Teufel! Deshalb ist es auch so gottlos schwer, mit ihnen abzurechnen.

„Ich sag' Dir nur so viel, Schmidt, sag' es Dir in aller Freundschaft, es wird besser sein, wenn Du nicht in die Angelegenheiten anderer die Nase steckst. Es ist gut, wie es ist. Kommt eine Aenderung, so wird es für Dich nur übler. Du hast zwei schulpflichtige Kinder, gelt? Gehst Du zu Gericht, so wirst Du gleich gefragt, wo sie sind, was sie treiben. Sagst Du, daß sie in Saratow betteln, so wirst Du fortgejagt, die Kinder aber werden wieder ins Kinderheim gesteckt, um zu lernen. Und wovon wirst Du leben, Karl Schmidt, wenn die Kinder für Dich nichts verdienen?"

Der Kranke setzte sich vor Entsetzen auf und es kam ihm entweder vor Schreck, oder von der Malaria heftiges Brechen an. Kuttner stopfte sich bequem die kurze Pfeife und erläuterte dabei mit langsamen, gemessenen Worten das Schulgesetz, zuerst nur ganz im allgemeinen, dann inbezug auf die beiden Schmidt-Kinder, — und plötzlich, als ob er der Sache unvermittelt überdrüssig geworden wäre, kehrte er dem Kranken den Rücken zu und sprach nur noch, während er hinausging, über die Schulter hinweg:

„Uebrigens kannst Du Dich von mir aus aufhängen!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250929-13/fragment/page=0007

Eine Liebesgabe an das Zentrum

Zum Reichsschulgesetz

I.

Durch die vorzeitige Veröffentlichung des Reichsschulgesetzentwurfes ist die Oeffentlichkeit informiert worden über die Machenschaften, die hinter den Kulissen der Reichsregierung vor sich gehen. Alle ministeriellen Ableugnungsversuche können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß diese Gesetzesvorlage und ihre schleunigste Verabschiedung der Kaufpreis für die Zustimmung des Zentrums zu den Steuer- und Zollgesetzen war.

Was ist das Kernstück des Reichsschulgesetzentwurfes, der heute als eine „Skizze eines Referentenentwurfes" hingestellt wird?

Nach dem Artikel 146, Absatz 1, der Reichsverfassung ist die für alle gemeinsame Grundschule der Grundstock unseres Schulwesens. Hier können Schüler und Lehrer aller Bekenntnisse unterrichtet werden und unterrichten. Nach dem neuen Reichsschulgesetzentwurf zum Artikel 146, Absatz 2, soll dagegen die Bekenntnisschule gesetzlich die Regelschule werden. Neben dieser Schule können auf Antrag auch Weltanschauungsschulen eingerichtet werden, wenn auch sie von Körperschaften des öffentlichen Rechtes gefordert werden. Nun gibt es aber für die Weltanschauungen, die hier offensichtlich gemeint sind (Freidenkertum, Buddhismus, Baptismus, der Theosophie usw.), keine Körperschaft des öffentlichen Rechtes. Wir Kommunisten plädieren gewiß nicht für Weltanschauungsschulen, aber dennoch ist es notwendig, hinter die Methoden der Regierung zur Unterstützung der Kirche zu leuchten, da der Gesetzentwurf sich bei der Errichtung von Weltanschauungsschulen nach außen in ein demokratisches Mäntelchen hüllt. Sodann soll es noch eine dritte Schulart, die weltlichen Schulen, geben, von denen die Begründung des Entwurfes als einziges Wesensmerkmal sagt, daß an diesen (weltlichen) Schulen der Religionsunterricht kein ordentliches Lehrfach ist. Hier wird also unsere kommunistische Kritik, die wir stets geübt haben, erneut deutlich unterstrichen: Die weltlichen Schulen sind Subventionsschulen, d. h. evangelische Schulen ohne Religionsunterricht, Sammelschulen von Kindern, die vom Religionsunterricht abgemeldet sind.

Durch einen einfachen Schachzug, die jetzt bestehenden Volksschulen nach dem „gegenwärtig geltenden Schulrecht", aber entgegen der Reichsverfassung, als die Bekenntnisschulen allgemein zu deklarieren, werden die Volksschulen in ihrer übergroßen Mehrheit zu den im Gesetzentwurf vorgesehenen Bekenntnisschulen. Sie werden zum herrschenden Schultyp in Deutschland. Die Verkirchlichung der bayrischen Schulen durch das bayrische Konkordat soll auf das Reich ausgedehnt werden. Der vorzeitig veröffentlichte Gesetzentwurf schafft die Grundlage zum Reichskonkordat.

Deshalb ist es sehr notwendig, daß wir genau untersuchen, wes Geistes Kind diese Bekenntnisschulen sein sollen, um die Gefahren aufzuzeigen, die in der Verwirklichung des Gesetzentwurfes liegen, um die Kräfte zu mobilisieren, welche die Auslieferung der Schulen an den Klerus (katholische Pfaffen) verhindern.

Wenn schon der Artikel 149, Absatz 1, der Reichsverfassung feststellt, daß der Religionsunterricht nach den Grundsätzen der Religionsgemeinschaft zu erteilen ist, und ihr damit in der Praxis ein Aufsichtsrecht zusteht, so geht der gegenwärtige Entwurf darüber noch weit hinaus. Heißt es doch im § 5 des neuen Entwurfes:

„Die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den Bekenntnisschulen muß getragen sein von dem Geiste des Bekenntnisses. Im Lehrplan und -stoff, sowie bei der Auswahl der Lehr- und Lernmittel ist gebührende Rücksicht auf das bekenntnismäßige Gepräge der Schule zu nehmen.

Im Schulbetriebe sind die dem Bekenntnis eigenen religiösen Uebungen und herkömmlichen Gebräuche zu pflegen.

Die bekenntnismäßigen besonderen Feiertage und sonstigen religiösen Gedenktage sind zu halten.

Der Religionsunterricht ist in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates zu erteilen. Die Einführung von Lehr- und Lernbüchern für den Religionsunterricht hat im Benehmen mit der Religionsgemeinschaft zu erfolgen. Die Zahl der Unterrichtsstunden und der Lehrplan hierfür ist im Einvernehmen mit der Religionsgemeinschaft festzusetzen.

Die Länder sind verpflichtet, auf die Innehaltung der in den vorliegenden Absätzen gegebenen Bestimmungen zu achten und bei Verstößen für Abhilfe zu sorgen. Lehrern, deren Tätigkeit den Vorschriften zuwiderläuft, ist erforderlichenfalls der Unterricht an der Bekenntnisschule abzulehnen."

Also, der gesamte Unterricht an den Bekenntnisschulen soll der Kirche ausgeliefert werden. Die geistliche Schulaufsicht kehrt wieder. In der Begründung zum § 25 des Gesetzentwurfes heißt es: „Ein notwendiges Mittel zu einer ausreichenden Feststellung ist unbedingt auch die Befugnis, durch einen Beauftragten zuweilen dem Unterricht zuhören zu dürfen." Aber nicht nur der Schulunterricht und der Lehrer während des Unterrichtes stehen unter der Kontrolle der Kirche. Nein, die gesamte Tätigkeit, auch die außerdienstliche des Lehrers unterliegt der Kontrolle des Klerus. Ausdrücklich heißt es in der Begründung zu diesem Paragraphen: „Wenn sich die Tätigkeit des Lehrers mit den Aufgaben der Bekenntnisschule nicht verträgt, und andere Maßnahmen eine Abhilfe nicht gewährleisten oder unwirksam geblieben sind, ist es nicht mehr angängig, einen solchen Lehrer weiter unterrichtlich an der Schule zu beschäftigen."

Damit wird den freiheitlich gesinnten Lehrern die antikirchlich eingestellt sind, die Existenzmöglichkeit geraubt. Das verfassungsgemäß „verbriefte" Recht als Staatsbürger wird glatt kassiert. Für uns Kommisten sind das gewiß keine Neuigkeiten. Denn wir wissen, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind, daß sie außer Kraft gesetzt werden, wenn man sich stark genug dazu fühlt.

Der Gesetzentwurf ist jedoch klar bis zu Ende durchgeführt. Wenn nicht genügend Lehrkräfte vorhanden sind, die den Unterricht im Sinne der Kirche erteilen, dann können die Seelsorger den Religionsunterricht erteilen. Das Ziel ist klar und deutlich: Der Unterricht soll unter Aufsicht der Pfaffen kommen. Der Religionsunterricht soll aber möglichst in die Hand des Seelsorgers selbst gelegt werden.

Wird dieser Gesetzentwurf Gesetz, dann ist die schwarze Fahne über der deutschen Volksschule hochgezogen! Doch der Appetit kommt beim Essen. Die Konfessionialisierung der Volksschule stellt nur den Anfang dar. Die höhere Schule soll folgen. Forderte doch in der Sitzung des Hauptausschusses des Preußischen Landtages vom 31. August 1925 der Zentrumsabgeordnete Lauscher, daß auch das höhere Schulwesen bekenntnisschulmäßig eingestellt werden müsse. „Für katholische Schüler katholische Schulen." Das ist heute die Schulforderung des Zentrums geworden, an dessen Spitze der sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat Marx steht.

Das Zentrum als Schrittmacher seines schwarzen Bruders von der evangelischen Fakultät geht heute auf der ganzen Linie zum Angriff über, um die Erziehung der heranwachsenden Jugend in die Hand der Kirche zu bringen. Dieser Reichsschulgesetzentwurf aus dem Jahre 1925 geht weit über den berüchtigten Zedlitzschen Schulgesetzentwurf im Jahre 1892 hinaus. Er kann nicht durch Abänderung einzelner Paragraphen geändert werden. Er muß in seiner Gesamtheit verschwinden. Um dies aber zu erreichen, dazu ist es notwendig, daß die breitesten Massen sich gegen die Verkirchlichung der Schulen erheben.

Die Lehrerpresse hat sich dadurch ein Verdienst erworben, daß sie diesen Entwurf an das Licht der Oeffentlichkeit zog. Jetzt gilt es, ihn zu verhindern. Man plant eine Ueberrumpelung. Da das erste Manöver mißlungen ist, drängt man jetzt, wie der „Bayrische Kurier" vom 6. September schreibt, zur baldigen Reichstagsberatung, da lange Verschleppung wenig nützlich sei, und sonst die Gefahr bestände, daß man sich auch auseinanderrede. Das sind die Methoden, die man auch in Bayern anwandte, um das Konkordat zu verabschieden, ehe die Oeffentlichkeit zur Besinnung kam, ehe die werktätige Arbeiterklasse die Gegenwehr aufnahm. Die kirchlichen Spuren schrecken! Die proletarischen Freidenkerorganisationen, die Lehrerorganisationen, die Arbeiterelternmassen, alle müssen mobil gemacht werden, um den Angriff der Kirche auf unsere Schule abzuwehren, um die Kirche dorthin zu weisen, wohin sie gehört — in die Kirche.

Mit denselben Methoden, mit denen man die Steuer- und Zollgesetze erzwang, will man auch jetzt die Bezahlung für die Unterstützung durch das Zentrum, die Auslieferung der Schulen an die Kirche, eintreiben.

Das Sitzungsprogramm des preußischen Landtags

(TU.) Berlin, 7. September. Der Aeltestenrat des Preußischen Landtags berichtete am Montagvormittag über die Geschäftslage. Nach der Pause vom 5. bis 12. Oktober soll der Landtag den Haushalt des Ministeriums des Innern in Angriff nehmen und vom 13. bis 23. Oktober Sitzungen abhalten. Daran schließt sich wiederum eine Pause, die bis zum 27. Oktober dauert. Vom 28. Oktober an soll wieder bis zum 6. November gefessen werden. Dann soll wiederum eine Pause erfolgen bis zum 10. November. Nach einem weiteren Tagungsabschnitt vom 11. bis 20. November einschließlich will dann der Landtag mit Rücksicht auf die Wahlen zu den Kreis- und Provinziallandtagen erneut eine Pause eintreten lassen, und zwar vom 21. bis 30. November. Nach dem Haushalt des Innenministeriums sollen von größeren Etats noch beraten werden: Der Justizhaushalt, der Haushalt der Bergbauverwaltung, des Staatsministeriums, der Kultushaushalt und die beiden Finanzetats. Ueber die Weihnachtsferien sind Dispositionen noch nicht getroffen.

Verantwortlich: Max Lademann Eisleben für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Ohne langes Zurichten feine Suppen

2 Teller für nur 13 Pfg. erhalten Sie in 27 Sorten: Blumenkohl, Ochsenschwanz, Eier-Sternchen, Grünkern Erbs, Erbs mit Speck, Reis, Pilz, Spargel, Tomaten, Windsor usw

aus MAGGI's Suppenwürfeln

*3027

1800 gr-Brot 60 Pf.

Gebr. Schubert, K. Müller, Scheffelwerke, Halle a. S.

Henkel's Bleich- u. Waschmittel
gibt schneeweiße Wäsche
spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche
Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Umarbeitungen

Umpressen

Den modernen, preiswerten Damenhut

1450 kaufen Sie bei

Aenne Bartusch, Weißenfels

22 Leipziger Straße 22, am Klingenplatz

Kaufe tausend gelt. Herrenanzüge Jackets, Hosen, Smoking-Anzüge, schw. Hosen, Leibscheine, Wäsche **Hirsch** Brüderstraße 3

Rohrstühle fl. bill. u. gut D. Zech, Mittelwache 13

Frettchen zu verk. Jäger, Kimmendorf-Dienst., Fabrikst. 11

Weißenfels 1445 Am Saalestrand Heute **Schlachtefest** Emil Zillig.

Druck sachen aller Art, für Private u. Vereine, Organisationen liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abt. Buch- u. Kunstdruckerei der Prod.-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047. 2251. Verlangen Sie Preis-Offerten oder den Besuch unserer Vertreter.

Treibriemenleder größerer Posten, zu verschiedenen Zwecken geeignet, sowie **Arbeitsschuhe und Schaftstiefel verkauft billigst** **J. Sternlicht,** Alter Markt 11 (Goldene Kette)

Wohnraum (möbliert oder leer) für Bureauzwecke sofort gesucht. Offerten mit Preisangaben an **IAM., Am Wasserturm 2** Telephon 8648

Zeitungsträger für **Raundorf** per 1. Okt. gesucht Meldungen **Filiale Gehüfte** b. Mücheln, Gewerkschaftshaus

Zuverlässiger **Zeitungsträger** für **Langendorf** gesucht. Zu melden beim Genossen **Schilling,** Obergreißlau 51

Zeitungsträger für **Neumark** per 1. Okt. gesucht Meldungen **Filiale Gehüfte** b. Mücheln, Gewerkschaftshaus

Zeitungsträger für **Esperstedt** sofort gesucht Meldungen bei **Max Wagenknecht, Ober-Esperstedt**

Lichtspiele Pieskeritz Von **Dienstag** bis **Donnerstag:** „Lee Parry" in: **Das Luxusweibchen** Ein Zeitbild aus Berlin W. in 6 Akten Mitwirk.: Lia Eibenschütz, Hans Albers, Olaf Fjord, Julius Falkenstein usw. Als Beibild: **„Er" sprengt die Bank** Film-Groteske in 2 Akt. m. Harold Lloyd Anfang 8 Uhr 1551 Nur für Erwachsene

Alle Sorten Obst, Gemüse u. Kartoffeln verkauft 1552 **Gaudes, Zeitz** Pestalozzistraße 13

Weißenfels. Prima fettes Fleisch sowie Rauchfleisch Zervelatwurst Blockwurst und andere Wurstsorten in bekannt. Güte empfehlen 1422 **Gebr. Keßler,** Inh.: Karl Keßler Marienstr. 21

Zeitungsträgerin für **Zappendorf** per sofort gesucht. Meldungen bei **Emil Wagner,** Zappendorf

Zeitungsträger(in) für **Holleben** sofort gesucht. Meldungen Verlag Klassenkampf

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlungen** Harz 24/44 und Lerchenfeldstr. 14

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Genossen! Anhängende Bestellscheine benutzt bei der Werbung neuer „Klassenkampf"-Leser!

Bestelle ab 1. Oktober 1925 zum monatlichen Bezugspreise von 2,30 Mk. den

Klassenkampf

Ort: .....

Name: .....

Straße: .....

Bestelle ab 1. Oktober 1925 zum monatlichen Bezugspreise von 2,30 Mk. den

Klassenkampf

Ort: .....

Name: .....

Straße: .....

Bestelle ab 1. Oktober 1925 zum monatlichen Bezugspreise von 2,30 Mk. den

Klassenkampf

Ort: .....

Name: .....

Straße: .....

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250929-13/fragment/page=0008